Herausgeber und verantw. Redakteur: 266 FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 1. Oktober 1932

Das neue Schuljahr.

In einer heute abgehaltenen Pressekonferenz berichtete der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Otto Glöckel, über das neue Schuljahr. Während die Schülerzahl an allen Wiener öffentlichen Volks-und Hauptschulen im Vorjahre insgesamt 139.000 betrug, ist heuer die Zahl der Volks-und Hauptschüler auf 144.000 gestiegen. Die Zahl der Volksschüler ist um 4.000 zurückgegangen, die Zahl der Hauptschüler hingegen um 9.000 gestiegen. Weiters sprach Präsident Glöckel über Sparmassnahmen im Wiener Schulwesen, über den Besuch der Mittelschulen, über die Politisierung der Schuljugend, über die Verlegung des Schulbeginnes auf 9 Uhr, über die gewerblichen Fortbildungsschulen und über den Schulfunk.

Die entsprechenden Aufsätze gehen den Redaktionen, die zu der Pressekonferenz keinen Vertreter entsendet hatten, mit dieser Ausgabe der "Rathauskorrespondenz" zu.

Vor einem Grundankauf den Magistrat fragen!

Dem Bauamt der Gemeinde Wien liegen viele Ansuchen um Bewilligung von Siedlungs- und Kleingartenanlagen vor, die abgelehnt werden müssen, weil es sich um Grundflächen handelt, die für Siedlungszwecke ungeeignet oder für öffentliche Anlagen bestimmt sind. Es sei dabei insbesondere auf die grosse Zahl der Ansuchen von Personen verwiesen, die auf den Gründen des ehemaligen Wiener Neustädter-Kanals in Simmering Kleingärten und Siedlungshäuser errichten wollen. Der ungefähr vier Kilometer lange und zehn Meter breite Kanalgrund kann schon wegen seiner ungünstigen Lage für die Errichtung von Siedlungs- und Kleingartenobjekte nicht in Betracht kommen. Es ist auch das Ansuchen der Arbeitsgemeinschaft gedienter Soldaten und Staatsangestellter ("Aggst") vom Magistrat abgelehnt worden. Mit allem Nachdruck wird daher darauf aufmerksam gemacht, dass es unbedingt notwendig ist, vor dem Ankauf von Gründen bei der Bauamtsabteilung des magistratischen Bezirksamtes anzufragen, ob auf dem zu erwerbenden Grund stück die Errichtung von Sjedlungs- und Kleingartenobjekte zulässig ist. Nur dadurch können Schädigungen der Interessenten vermieden werden.

Von den Bezirksvertretungen.

-,-,-,-,-,-,-,-

Die Bezirksvertretung Innere Stadt tritt am Mittwoch, den 5. Oktober, um 18 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Die Bezirksvertretung Landstrasse hält ihre nächste Sitzung am Donnerstag, den 6.0ktober, um 17 Uhr ab.

Wiener Rathauskalender.

Die Magistrats-Direktion wird wiederholt von privaten Firmen darauf aufmerksam gemacht, dass Agenten für einen "Rathauskalender" mit Berufung auf die Gemeinde Wien Inseratenaufträge verlangen. Der Magistrat verlautbart neuerlich, dass die Gemeindeverwaltung mit der Herausgabe dieses Kalenders in keiner wie immer gearteten Weise etwas zu tun hat; Berufungen auf die Gemeinde sind daher vollkommen unzulässig.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

267

Wien, am 3. Oktober 1932.

Die Bevölkerungsbewegung in Wien im Juli 1932.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, kamen im Juli dieses Jahres 1.354 Säuglinge lebend zur Welt; das sind um 48 mehr als im Juni dieses Jahres, aber um 74 weniger als im Juli 1931. Von den Lebendgeburten waren 713 Knaben und 641 Mädchen, 1.071 eheliche und 283 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 232, in Anstalten 1.122 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten im Berichtsmonate betrug 156, um 1 mehr als im Juni dieses Jahres und um 22 mehr als im Juli 1931.

Im Berichtsmonate starben in Wien 1.803 Personen; das sind um 79 Personen weniger als im Juni dieses Jahres und um 76 weniger als im Juli 1931. Von den Verstorbenen waren 896 männlichen und 907 weiblicher Geschlechtes; 1.689 gehörten der Wiener Bevölkerung an, während 114 ortsfremd waren, In der Wohnung starben 652, in Anstalten 1.151 Personen. Als Todesursachen sind in 336 Fällen Krebs, in 284 Fällen organische Herzkrankheiten, in 182 Fällen Tuberkulose der Atmungsorgane und in 125 Fällen Lungen- und Rippelfellentzündung angegeben worden; 87 Anzeigen haben als Todesursachen Gehirnschlag, 68 Anzeigen Arterienverkalkung, 42 Anzeigen Altersschwäche und 27 Anzeigen epidemische Krankheiten bezeichnet. 114 Verstorbene standen in einem Alter his zu fünf Jahren, 20 in einem Alter von fünf bis zu zehn Jahren, 11 in einem Alter von zehn bis fünfzehn Jahren, 27 in einem Alter von fünfzehn bis zwanzig Jahren, 100 in einem Alter von zwanzig bis dreissig Jahren, 123 in einem Alter von dreissig bis vierzig Jahren, 170 in einem Alter von vierzig bis fünfzig Jahren und 344 in einem Alter von fünfzig bis sechzig Jahren; 894 Verstorbene waren mehr als sechzig Jahre alt.

Die Zahl der Selbstmorde in Wien im Juli dieses Jahres betrug lol; das sind um 6 mehr als im Juni dieses Jahres und um 17 mehr als im Juli 1931. Im Berichtsmonate unternahmen 186 Personen in Wien einen Selbstmordversuch, um 19 mehr als im Juni dieses Jahres aber um 15 weniger als im Juli 1931.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen Juli in Wien 96 Säuglinge starben, um 18 mehr als im Juni dieses Jahres und um 1 mehr als im Juli 1931. Von den im Berichtsmonate verstorbenen Säuglingen waren 53 Knaben und 43 Mädchen, 63 eheliche und 33 uneheliche Kinder; 42 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat, 54 im zweiten bis zwölften Lebensmonat.

Nach dem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik sind im Juli dieses Jahres 12.765 Personen nach Wien zugewandert und 17.515 Personen von Wien abgewandert. Die Abnahme der Bevölkerung durch Wanderung beträgt im Berichtsmonate daher 4.750 Personen.

Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau.

Die Bezirksvertretung Brigittenau tritt am kommenden
Donnerstag um 19 Uhr zu einer öffentlichen und vertraulichen Sitzung
zusammen.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

268

Wien, am 4. Oktober 1932

Ehrung des Staatsoperndirektors Clemens Krauss. Die Stadt Wien widmet Professor Krauss einen Ehrenring.

In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde dem Direktor der Wiener Staatsoper, Professor Clemens <u>Krauss</u>, in Anerkennung seiner grossen Verdienste um das Wiener Musikleben ein Ehrenring der Stadt Wien verliehen.

Clemens Krauss wurde am 31. März 1893 in Wien geboren. Schon in seiner frühesten Jugend, mit neun Jahren, begann er seine musikalische Laufbahn als Hofsängerknabe. Seine weitere Ausbildung erhielt Krauss am Wiener Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde, der heutigen Staatsakademie, bei Professor Reinhold (Klavier), bei Grädener und Heuberger (Theorie). Nach Absolvierung des Konservatoriums kam er im Jahre 1912 als Chordirektor an das Stadttheater in Brünn. Hierauf folgten verschiedene Engagements, so im Jahre 1913 als zwoiter Kapellmeister in Riga, im Jahre 1915 in Nürnberg, im Jahre 1916 als erster Kapellmeister in Stettin. Im Jahre 1921 kam er als Opernchef und Leiter der Sinfoniekonzerte nach Graz, ein Jahr später folgte er einem Rufe als Kapellmeister an die Wiener Staatsoper.Damals leitete er auch die Wiener Tonkünstlerkonzerte. Von Wien ging Clemens Krauss nach Frankfurt am Main, wo er in den Jahren 1924 bis 1929 die Stelle eines Intendanten des Opernhauses bekleidete und die Museumskonzerte leitete; von Frankfurt folgte er einem Ruft nach Wien als Direktor der Staatsoper. Sein Wirken in dieser Stellung ist bekannt; in schwerer Zeit ist es ihm gelungen, das Niveau dieses ersten Kunstinstitutes nicht nur zu erhalten, sondern auch zu erhöhen. In Wien steht Professor Krauss an der Spitze der philharmonischen Konzerte und leitet auch die Staatsopernchorkonzerte. Seine hervorragende Mitwirkung an den Wiener Musikfestwochen 1932 ist noch in aller Erinnerung. Im Jahre 1923 wurde Clemens Krauss durch die Verleihung des Professortitels ausgezeichnet.

Eine unbenützte Steuerbegünstigung.

Im Gesetz über die Zuschläge der Wohnbausteuer ist die Bestimmung enthalten, dass jene Steuerpflichtigen, die ausser Wohnbausteuer auch Fremdenzimmerabgabe, Lustbarkeitsabgabe oder Nahrungs-oder Genussmittelabgabe zu zahlen haben, den Wohnbausteuerzuschlag auf die erwähnten Zahlungsverpflichtungen anrechnen können. Der Magistrat macht nun die Wahrnehmung, dass eine beträchtliche Anzahl von Steuerträgern bis heute dieso Anrochnungsmöglichkeit des Wohnbausteuerzuschlages ausserachtgelassen hat. Es wird hiemit ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Anrechenbarkeit erlischt, wenn sie nicht innerhalb von zwölf Monaten vom Zeitpunkt der Fälligkeit des Wohnbausteuerzuschlages an geltend gemacht wurde.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

287 269

Wien, am 5.0ktober 1932

Neue Strassennamen in Hietzing.

Durch den Ausbau der Siedlung Lockerwiese in Hietzing ist die Benennung mehrerer Strassenzüge notwendig geworden. Es handelt sich um sieben neue Verkehrswege, die durch die Siedlung führen und die Verbindung mit dem anderen Strassennetz herstellen. So führt von der schon bestehenden Faistauergasse eine neue Gasse zur Wolkersbergenstrasse; sie erhält nach dem Maler Franz Xaver Petter den Namen "Franz Petter-Gasse". Von der Franz Petter-Gasse führt ein neuer Strassenzug zur Faistauergasse; diese neue Gasse wird nach dem Maler Josef Schuster "Josef Schuster-Gasse"benannt.Die schon bestehende von der Seelosgasse zur Faistauergasse abzweigende Wilhelm Leibl-Gasse hat durch den Ausbau der Siedlung eine Fortsetzung zur Wolkersbergenstrasse erfahren; der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschloss, diesen Strassenteil ebenfalls "Wilhelm Leibl-Gasse" zu benennen. Von dem neuen Teil der Wilhelm Leibl-Gasse führt eine ebenfalls neue Gasse zur Josef Schuster-Gasse; dieser neue Verkehrsweg erhält nach dem Maler Franz Christoph Janneck den Namen "Janneckgasse".Die Janneckgasse steht durch einen neuen Weg in Verbindung mit der Wolkersbergenstrasse; dieser neue Weg wird nach dem Maler Eugen Jettel "Eugen Jettel-Weg"benannt. Von der Wolkersbergenstrasse führt ein Strassenhof in die Siedlung Lockerwiese; dieser Strassenhof erhält ebenfalls den Namen "Wolkersbergenstrasse". Gegenüber dem Spital der Stadt Wien zweigt von der Wolkersbergenstrasse eine neue Gasse zur Biraghigasse ab; die neue Strasse erhält nach dem Beschluss des Gemeinderatsausschusses für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten nach dem Lermatologen Dr. Josef Kyrle den Namen "Josef Kyrle-Gasse". Die Erläuterungstafeln der neubenannten Strassenzüge werden lauten: "Franz Christoph Janneck (1703-1761), oesterreichischer Barockmaler", "Josef Schuster (1812-1890), oesterreichischer Blumenmaler", Franz Xaver Petter (1791-1866), oesterreichischer Blumenmaler", "Eugen Jettel (1845-1901), oesterreichischer Landschaftsmaler"und "Dr. Josef Kyrle (1880-1926), Dermatologe, Professor an der Wiener Universität".

Diamantene Hochzeit.

Im engsten Familienkreise feierte am Samstag das Ehepaar Franz und Anna Lakost die 60.Wiederkehr seines Hochzeitstages.Franz Lakost, der in Napajedl geboren ist, steht im 84.Lebensjahr.Er kam im Alter von zwölf Jahren nach Wien, erlernte hier das Tischlerhandwerk und arbeitete noch bis vor fünf Jahren als Tischlergehilfe.Seine Gattin ist 87 Jahre alt.Der Ehe entstammen neun Kinder; zwei Söhne sind im Weltkrieg gefallen.In Vertretung des Bürgermeisters nahm amtsführender Stadtrat Honay an der Feier teil.Nach einer herzlichen Ansprache überreichte er dem Jubelpaar eine Ehrengabe von hundert Schilling und ein goldgerahmtes künstlerisches Diplom.

Armenlotterie der Stadt Wien.

Bekanntlich findet am 15.0ktober die Ziehung der Armenlotterie der Stadt Wien statt.Um die Bevölkerung auf die bevorstehende Ziehung aufmerksam zu machen, werden am kommenden Freitag und Samstag Musikumzüge und Platzkonzerte veranstaltet. Sie werden von den Kapellen der Musikvereine der städtischen Feuerwehr, der städtischen Strassenbahnen, der Zentrale und des Werkes Simmering der städtischen Elektrizitätswerke und der Zentrale der städtischen Gaswerke durchgeführt. Die Musikvereine haben sich in ganz uneigennütziger Weise in den Dienst der Armenlotterie gestellt.

.-.-.-.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

,

Wien, am...

6. Oktober 1932.

Wieder neue städtische Wohnhausbauten beschlossen. 1088 neue Wohnungen.-Mehr als 11 Millionen Schilling für die Wiener

Baugewerbe.-Beschleunigte Vergebung der Bauarbeiten.

In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinder tes ist der Beschluss gefasst worden, neun neue städtische Wohnhausanlagen mit insgesamt 1011 Wohnungen zu errichten. Stadtrat Weber hat damals in seinem Bericht im Gemeinderat angekündigt, dass sich der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen schon in der nächsten Zeit mit den Plänen für weitere acht grosse städtische Wohnhausanlagen befassen werde. Tatsächlich hat nun der Gemeinderatsausschuss in dieser Woche den Beschluss gefasst, wieder acht neue städtische Wohnhausanlagen mit insgesamt 1088 Wohnungen zu errichten. Allein in den letzten Wochen ist somit der Bau von mehr als 2000 Wohnungen in verschiedenen Bezirken Wiens beschlossen worden.

Die jüngst beschlossenen acht neuen Wohnhausanlagen werden auf der Wieden, in Favoriten, in Simmering, in Hietzing und Ottakring, in der Brigittenau und in Floridsdorf errichtet werden. Auf der Wieden werden nach den Plänen des Stadtbauamtes zwei Wohnhäuser an der Schelleingasse aufgeführt. Ebenfalls nach den Plänen des Stadtbauamtes wird in Favoriten ein Wohnhausbau am Fadingerplatz errichtet; überdies wird der zweite Teil der vom Architekten Karl Krist entworfenen Wohnhausanlage Spinnerin am Kreuz ausgeführt. In Simmering wird nach den Plänen des Stadtbauamtes die Wohnhausanlage an der Landwehrstrasse in Kaiser Ebersdorf weiter ausgebaut. Auch die grosse Siedlungsanlage Spiegelgrund, die nach den Plänen der Architekten Kaym und Hetmanek in den Bezirken Hietzing und Ottakring erbaut wird, wird wesentlich erweitert. Nach den Plänen des Architekten Ingenieur Rudolf Perco wird die grosse Wohnhausanlage Engelsplatz in der Brigittenau neuerlich ausgebaut. Schliesslich wird in Floridsdorf ein Teil einer von den Architekten Schmid und Aichinger entworfenen Wohnhausanlage an der Werndlgasse errichtet.

Von den insgesamt 1088 Wohnungen, die die acht neuen Wohnhausanlagen enthalten werden, sind 177 Einzelzimmer-Wohnungen, 704 Zimmer-Küche-Wohnungen, 122 Wohnungen, bestehend aus Zimmer, Kammer und Küche, 3 Wohnungen mit Zimmer, 2 Kammern und Küche, 3 Wohnungen, bestehend aus 2 Zimmern, Kammer und Küche und Badezimmer, und 1 Wohnung mit 2 Zimmern und Küche; überdies werden - in der Siedlung Spiegelgrund - 78 Siedlungshäuser, und zwar 75 mit 2 Zimmern und Kammer, 2 mit 3 Zimmern und 1 mit 2 Zimmern und 2 Kammern, errichtet. Selbetverständlich werden alle Wohnungen so ausgestattet werden, wie das bei den städtischen Wohnhausbauten üblich ist. Die neuen Anlagen enthalten ausserdem 4 Geschäftslokale und 4 Magazine.

Licht, Sonne und Luft werden zu jedem neuen Wohnraum Zutritt haben. Da nur ein kleiner Teil der Baugrundes tatsächlich verbaut wird, werden auch genügend Grünflächen, Gärten und Gartenhöfe, den Bewohnern der neuen Anlagen zur Verfügung stehen. So werden für fast 1100 Familien wieder einwandfreie, moderne Heimstätten geschaffen.

Die Kosten der Errichtung der neuen acht Wohnhausanlagen betragen insgesamt rund 11,300.000 Schilling.

Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat in seiner

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.Blatt

Wien, am

letzten Sitzung auch bereits die Aufträge zur Durchführung der Erd-, Baumeister-und Eisenbetonarbeiten für die jüngst vom Gemeinderat beschlossenen neun neuen Wohnhausanlagen vergeben. Die notwendigen Aufträge für die nun vom Gemeinderatsausschuss beschlossenen acht Wohnhausbauten werden sofort nach Genehmigung dieser Anlagendurch den Gemeinderat vergeben werden.

Ein Teil der Apostelgasse Einbahnstrasse.

Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion die Apostelgasse in dem Teile zwischen der Landstrasser Hauptstrasse und der Hainburgerstrasse als Einbahnstrasse erklärt; sie darf in dieser Strecke nur in der Richtung von der Landstrasser Hauptstrasse zur Hainburgerstrasse befahren werden. Uebertretungen dieser Verordnung werden von der Bundespolizeidirektion mit Geldstrafen bis zu 500 Schilling, bei erschwerenden Umständen mit Arrest bis zu vier Wochen bestraft, der an Stelle oder neben der Geldstrafe verhängt werden kann.

Juhilare der Ehe.

-,-,-,-,-,-,-,-,-

In der vergangenen Woche feierten die Ehepaare Wilhelm und Marie Kalmann, Martin und Hildegarde Klima, Adolf und Katharina Knepperges, Leopold und Juliana Kohout, Laurenz und Elisabeth Koschiczek, Vinzenz und Sodonie Ohnesorg und Franz und Anna Puhr das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Samstag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

Im Laufe der Woche wird die neuhergestellte elektrische
Strassenbeleuchtung in der verlängerten Grenzackergasse in Favoriten
in Betrieb gesetzt. In der nächsten Zeit werden in der Leopoldstadt
die Engerthstrasse in der Strecke von der Lassallestrasse bis zur Innstrasse und in Meidling die Siebertgasse und Herthergasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur
Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

-.-.-.-.-

Platzkonzert der Musikkapelle der städtischen Feuerwehr zu Gunsten der Wiener Armenlotterie.

Die Musikkapelle der städtischen Feuerwehr veranstaltet morgen, Freitag, zu Gunsten der Wiener Armenlottorie einen Musikumzug und ein Platzkonzert. Die Musikkapelle marschiert um 9 Uhr vormittags von der Zentrale Am Hof ab und zieht über die Renngasse-Wipplingerstrasse-Schottenring, Kai-Stubenring-Luegerplatz-Schulerstrasse-Stefansplatz-Graben-Kohlmarkt-Burg-Ring auf den Rathausplatz. Hier findet ein Platz-konzert statt. Nach Beendigung des Platzkonzertes rückt die Feuerwehrmusikkapplle über die Teinfaltstrasse und Freyung in die Zentrale Am Hof wieder ein.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

271

Wien, am 7. Oktober 1932

Die Zahl der Trauungen in Wien steigt.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen Juli in Wien 1.564 Trauungen vollzogen; das sind um 330 Trauungen mehr als im Juni dieses Jahres und um 68 Trauungen mehr als im Juli 1931. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden 1.058 Ehen, vor der politischen Behörde 249 Ehen geschlossen.

Im Berichtsmonate wurden vom Wiener Magistrat 204 Ansuchen um Ehedispens bewilligt, um 90 weniger als im Juni dieses Jahres und um 81 weniger als im Juli 1931. Von den im vergangenen Juli bewilligten 204 Ansuchen betrafen 175 Dispens vom Hindernisse des bestehenden Ehebandes.

.-.-.-.-.-.-.-.

Neue Wiener Strassennamen.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gemeinderates

Beisser wieder einige Strassenbenennungen beschlossen. So wird der bisher
unbenannte Platz an der Ecke der Rufolf Pöch-Gasse und der Burgersteingasse
in Hietzing nach dem Begründer der Welteislehre Hans Hörbiger "HörbigerPlatz" benannt. Ebenfalls in Hietzing ist durch die Verbauung des Gebietes
zwischen dem Flötzersteig und der Hütteldorferstrasse die Benennung von
zwei Verkehrsflächen notwendig geworden. Beide Strassenzüge führen von der
Hütteldorferstrasse zum Flötzersteig. Die eine Verbindungsstrasse erhält
nun nach dem Chirurgen Ernst von Bergmann den Namen "Ernst Bergmann-Gasse";

die zweite Verkehrsfläche wird nach dem Anatomen Dr.Karl Toldt "Karl Toldt-Weg"benannt.Die Erläuterungstafeln der neubenannten Strassenzüge werden lauten: "Hans Hörbiger (1860-1931), Ingenieur, Begründer der Welteislehre", "Ernst von Bergmann (1836-1907), hervorragender Förderer der Asepais und Hirnchirurgie und "Dr.Karl Toldt (1840-1920), Universitätsprofessor, Anatom".

Vier Platzkonzerte zu Gunsten der Wiener Armenlotterie.

Bekanntlich findet am 15.0ktober die Ziehung der Wiener Armenlotterie statt.Um die Bevölkerung auf die bevorstehende Ziehung aufmerksam zu machen, finden morgen, Samstag, nachmittags Musikumzüge und Platzkonzerte statt. Sie werden von den Musikkapellen der Musikvereine der Zentrale und des Werkes Simmering der städtischen Elektrizitätswerke, der Zentrale der städtischen Gaswerke und von der Musikkapelle der städtischen Angestellten durchgeführt. Das eine Platzkonzert wird in der neuen Parkanlage auf den Gründen des ehemaligen Bürgerversorgungshauses veranstaltet, das zweite findet auf dem Enkplatz statt, das dritte wird auf dem Richard Wagnerplatz abgehalten und das vierte Platzkonzert wird auf dem Reumannplatz veranstaltet. Die Platzkonzerte beginnen um ungefähr 16 Uhr und dauern etwa eine Stunde. Die Musikvereine haben sich in ganz uneigennütziger Weise in den Dienst der Armenlotterie gestellt.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf.

Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt am Donnerstag, den 27.0ktober, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

272

Wien, am 8. Oktober 1932.

25 Jahre Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof".

Am 8. Oktober 1907 ist die Heil- und Pflegeanstalt für Geistes-und Nervenkranke "Am Steinhof" eröffnet worden. Aus Anlass des 25 jährigen Bestandes der Anstalt fand heute in deren Gesellschaftshaus eine Festversammlung statt, an der Bürgermeister Seitz, die amtsführenden Stadträte Honay und Professor Dr. Tandler, die leitenden Beamten des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, das Präsidium und Delegierte des Verbandes der Angestellten der Stadt Wien und alle dienstfreien Angestellten der Heilund Pflegeanstalt"Am Steinhof"unter Führung des Direktors Dr. Mauczka teilnahmen. Nach Begrüssung der Festgäste durch Professor Dr. Tandler gab Direktor Dr. Mauczka einen Ueberblick über die Geschichte der Wiener Landes Heil- und Pflegeanstalt für Geistes- und Nervenkranke Am Steinhof. Er schilderte die Errichtung und den Aufbau der Anstalt bis zu ihrer heutigen Gestalt. Am Schlusse seiner Ausführungen erwähnte Direktor Dr. Mauczka die wichtigsten Daten aus der Krankenbewegung. In die Anstalt seien in den ersten Jahren jährlich etwa 3000 Kranke aufgenommen worden; im Kriegsjahre 1916 sei die Zahl der Aufnahmen auf mehr als 4000 gestiegen. Im Jahre 1919 seien in die Anstalt bloss mehr als 2100 Kranke aufgenommen worden, während im Jahre 1931 die Höchstzahl von 5.078 Aufnahmen erreicht worden sei. Die meisten der aufgenommenen Kranken leiden an alkoholischen Geistesstörungen. Von den übrigen Geisteskrankheiten sei nur die progressive Paralyse bemerkenswert. Während von den im Jahre 1910 aufgenommenen Kranken nicht weniger als 18'5 Prozent Paralytiker gewesen seien, waren es im Jahre 1929 nur mehr 5 Prozent, wohl ein glänzender Beweis für die Zweckmässigkeit der Malariatherapie Wagner-Jaureggs.

Bürgermeister Seitz führte in seiner Ansprache aus: Wenn wir die Bedeutung dieser Anstalt und Ihres Bermfes würdigen wollen, müssen wir in die Geschichte zurückgehen. Wie gross ist der Fortschritt, den die Menschheit auf diesem Gebiet gemacht hat! Hat es doch Zeiten gegeben, da der Geisteskranke als ein vom Satan Besessener galt, da man ihn nicht bloss unschädlich machte, indem man ihn in Ketten legte, sondern ihn auch für verantwortlich und strafbar hielt für alles, was er tat. Ein grosser Fortschritt war es schon, als Kaiser Josef den sogenannten Narrenturm bauen liess, um die Unglücklichen dort einzusperren; von dort führt der Weg über die Anstalt am Salzgries und eine Reihe anderer Lazarette bis zum Bründlfeld-Irrenhaus. Wenn man bedenkt, dass heute ein grosser Teil der Kranken als freie Menschen arbeiten und sozial Wertvolles schaffen können, dann erkennt man den ungeheuren Kulturfortschritt in der Behandlung der Geisteskrankheit.

Dass Sie- in welcher Eigenschaft immer der einzelne hier arbeitet -Ihr Werk verrichten im Geiste der Humanität, im Geiste der Menschlichkeit, das dankt Ihnen ganz Wien. Ihr Dienstvertrag verlangt Pflichterfüllung; was nicht vertragsmässig bestimmt werden kann, das ist der Geist, in dem Sie an diesem grossen Werk der Menschlichkeit, der Liebe wirken. Da kann man nur mit dem Wort des Evangeliums aagen: Was Ihr den Aermsten unserer Brüder tut, das habt Ihr uns getan.

Hier sind Männer und Frauen, die 25 Jahre lang in dieser Anstalt wirken, Aerzte, Pfleger, Pflegerinnen und andere Mitarbeiter. Ihnen sei heute vom Bürgermeister dieser Stadt der Dank des Volkes von Wien für 504

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Ihre Lebensarbeit gesagt. Um diese Lebensarbeit zu würdigen, muss man den einzelnen Fall sehen in seiner ganzen Tragik, die Frau, die ihren Mann, die Mutter, die ihr Kind, den Gatten, der sein Weib, den Sohn, der seinen Vater hierherbringt und von der Hoffnung erfüllt ist, dass seinem Lieben Heilung werde. Man muss das grosse Glücksgefühl verstehen, wenn dann Heilung oder wenigstens Besserung glückt, die den Kranken der Familie zurückgibt und die es ihm ermöglicht, wieder in seinem Berufe zu wirken.

Sie dienen nicht nur dem Kranken, Sie dienen auch jenen Unglücklichen, die einen lieben Menschen in dieser Anstalt haben. So dienen Sie der Gesamtheit und so reiht sich Ihr Wirken und diese ganze Anstalt ein in das grosse Werk der Wiener Fürsorge, das, in seinen Grundzügen inauguriert von Professor Dr. Tamller, den Menschen bereits im Mutterleib erfasst ihn befürsorgt, das Hauptaugenmerk zwar auf die Aufzucht gesunder, kräftiger und tüchtiger Menschen richtet, die Menschen betreut, wenn sie vorübergehend von Krankheit befallen sind, aber ihnen auch das Mitleid nicht versagt, wenn sie alt und schwach oder unheilbar am Ende Ihres Lebens stehen. Dieses grosse Werk der Wiener Fürsorge kann mit Stolz auf einen Edelstein hinweisen, auf diesen "Steinhof". Und Sie alle können mit Stolz sagen, dass Sie hier einem grossen Werk dienen. Ich danke vor allem dem Stadtrat Professor Dr. Tandler, der aus seiner Gelehrtenstube gekommen ist und uns das grosse Opfer bringt, sich einem Gegenstand zu widmen, der weitab liegt von dem Gebiet, in dem er als Mann der Wissenschaft, als Lehrer und Forscher tätig ist. Ich benütze diesen Anlass, um ihm zu danken für sein Lebenswerk in die ser Stadt überhaupt. Ich danke dann Ihnen allen, vor allem denen, die 25 Jahre lang hier gewirkt haben. Dankbar gedenke ich aller jener, die hier gewirkt haben, aber nicht mehr unter uns sind, und allen, die hier wirken und weiterwirken werden an einem edlen Werk, an dem Werk, den Unglücklichsten unter unseren Brüdern zu helfen. Möge diese Anstalt auch fernerhin dien en dem grossen Gedanken der Humanität und möge jeder, der hier tätig ist, in seinem Wirken getnagen sein von dem Gedanken der Menschlichkeit, der Liebe zum Nächsten!" (Brausender Beifall).

Direktor Dr. Mauczka stellte sodann dem Bürgermeister die Angestellten vor, die seit Eröffnung der Anstalt in dieser tätig sind. Hierauf richtete der Obmann des Betriebsrates der Angestellten Dankesworte an den Bürgermeister und versprach im Namen aller Angestellten, auch weiterhin dem grossen Werk der Wiener Fürsorge mit aller Kraft zu dienen.

-,-.-.-.-.-.-

Die Stadtrandsiedlung Leopoldau.

Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich vor einiger Zeit eine Grundfläche im Ausmasse von 200.000 Geviertmetern in Leopoldau und einen Kredit von 100.000 Schilling zur Errichtung einer Stadtrandaiedlung für Arbeitslose gewidmet. Die treuhändige Durchführung dieser Aktion, die 80 Siedlerstellen zu je 2.500 Geviertmetern samt den notwendigen Siedlungshäusern schaffen soll, ist der Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs-und Baustoffeanstalt "Gesiba" übertragen worden. Die umfangreichen technischen und organisatorischen Vorbereitungen sind nunmehr soweit gediehen, dass bereits zu Beginn der vergangenen Woche mit den ersten Arbeiten begonnen werden konnte. Die grössten Schwierigkeiten bot dabei die Auswahl der 80 Siedlerfamilien; sie musste unter nicht weniger als 1.800 Bewerbern ge-505

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

III.Blatt

Wien, am

troffen werden, die sich innerhalb der kurzen Anmeldefrist gemeldet hatten. Bei der Zulassung war vor allem der Gesichtspunkt massgebend, dass diese erste österreichische Stadtrandsiedlung kein fragwürdiges Experiment, sondern ein Lebensfähiges Gebilde und ein erfolgreicher, zur Fortsetzung ermunternder Anfang werden soll. Es war infolgedessen in erster Linie notwendig, bei allen Bewerbern auf gewisse gärtnerische Vorkenntnisse zu achten; dann war die notwendige Anzahl von Bauhandwerkern der verschiedenen Kategorien zu sichern, da ja die gesamte Arbeit auf der Baustelle von den Siedlern in Gemeinschaftsarbeit errichtet wird. Schliesslich musste das richtige Verhältnis zwischen solchen Bewerbern hergestellt werden, die in der Lage waren, eigene Mittel aufzubringen, umd solchen, die überhaupt nicht über irgendwelche Barmittel verfügen.

Erfreulicherweise besteht bei der Industriellen Bezirkskommission für Wien das Bestreben, die Aktion durch Einbeziehung
in die produktive Arbeitslosenfürsorge und in den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Dadurch ist die Aussicht gegeben, dass den
Siedlern der notwendige Lebensunterhalt solange gesichert ist,
bis sie die ersten Beträge aus der gärtnerischen Bebauung ihrer
Siedlerstellen erhalten können.

-.-.-.-.-.-

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

273

Wien, am lo. Oktober 1932.

Was das Wohnungsamt leistet. Die Bewegung auf dem Wiener Wohnungsmarkt.

Der städtischen Wohnhäuserverwaltung, in Wien meist "Wohnungsamt" genannt, obliegt nicht nur die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser und Siedlungen, sondern auch die Vergebung von Wohnungen, die Behandlung uon Wohnungstausehansuchen und die Vormerkung dringend wohnungsbedürftiger Parteien. So hat die städtische Wohnhäuserverwaltung einen
genauen Ueberblick über die Wohnungsnot in Wien.

Immer wieder kommen neue Ansuchen um Zuweisung einer Wohnung.Da sind vor allem die jungen Ehepaare, die einen neuen Haushalt gründen wollen und die sich sofort nach der Eheschliessung, meistens sogar schon vorher, an die städtische Wohnhäuserverwaltung wenden. Wie gross die Zahl dieser Wohnungswerber ist, kann man ermessen, wenn man weiss, dass im ersten Halbjahr des heurigen Jahres 7.047 Ehen in Wien geschlossen wurden, nur um 318 weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Aber nicht nur die jungen Ehepaare wenden sich an die städtische Wohnhäuserverwaltung. Alle, die vor der Gefahr stehen, ihr Obdach zu verlieren, suchen durch die städtische Wohnhäuserverwaltung neue, gesicherte Heimstätten zu bekommen. Vor allem sind das die gekündigten Parteien Die Zahl der gerichtlich Gekündigten bei den Wiener Bezirksgerichten ist gegenüber dem Vorjahre sogar noch ganz wesentlich gestiegen: nicht weniger als lo.031 Kündigungen sind in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 30. Juni bei den Wiener Bezirksgerichten eingebracht worden. Nun wird sicherlich von den Kündigungen nur ein Teil rechtswirksam; in vielen Fällen behält der Mieter nach langem Prozess mit seinen Einwendungen recht. Das bedeutet zwar für den Wiener Wohnungsmarkt, nicht aber für die städtische Wohnhäuserverwaltung eine Entlastung. Wenn eine Partei die Kündigung bekommt, wendet sie sich doch meist sofort an die städtische Wohnhäuserverwaltung, weil sie fürchtet, ihr Obdach zu verlieren. Dabei waren im ersten Halbjahr des heurigen Jahres 56 Prozent aller gerichtlichen Kündigungen kurzfristig.

Welche Summe von Arbeit zu bewältigen ist, um die Wohnungsbedürftigkeit der einzelnen Wohnungswerber festzustellen, um die dringenden Fälle von den weniger dringenden zu sondern, damit sie früher berücksichtigt werden können, kann man aus der Zahl der Wohnungsansuchen "die an die städtische Wohnhäuserverwaltung gerichtet werden, ersehen. Im ersten Halbjahr des heurigen Jahres haben 48.504 Personen solche Wohnungsansuchen an die städtische Wohnhäuserverwaltung gerichtet. Aber nicht nur diese Wohnungsansuchen find zu erledigen. Daneben liegen die vielen Fälle vor, in denen ein Wohnungstausch aus den verschiedensten Gründen erstrebt wird und die oft ebensoviel Berücksichtigung verdienen wie die Fälle dringenden Wohnungsbedarfes. 112.000 solcher Wohnungstauschansuchen weist die städtische Wohnhäuserverwaltung in ihrem Berichte aus.

Von den 9471 wohnungssuchenden Parteien, die am 1. Jänner 1932 vorgemerkt waren, konnten 387%, deren Wohnungsbedarf als dringend festgestellt war, im ersten Halbjahr untergebracht werden. Ueberdies hat die städtische Wohnhäuserverwaltung festgestellt, dass in 744 Fällen kein Wohnungsbedarf mehr vorhanden sei, und die Vormerkung daher gelöscht. Trotzdem ist die Zahl der vorgemerkten Parteien nur um ungefähr 100 gesunken. In den ersten 6 Monaten des heurigen Jahres mussten nämlich 4523 wohnungssuchende Parteien wegen dringen den Wohnungsbederfes neu vorgemerkt

II.Blatt

Wien, am.

Werden, soeass Ende Juni 9367 Wohnungssuchende in Evidenz standen
Wieviel Wohnungselend ist durch die städtische Wohnungsfürsorge zu bekämpfen! Von den im ersten Malbjahr untergebrachten 3873
Parteien waren 663 gerichtlich Gelogiert worden, 153 hatten ihre Wohnung
wegen schweren Baugebrechens, 816 wegen amtlich festgestellter Unbewohnbarkeit verlassen müssen; die Statistik weist ferner 1000 Fälle aus, in
denen die Unterbringung wegen getrennten Haushaltes der Familie und Untermiete in überfüllten Wohnungen erfolgt ist. In 1241 Fällen schliesslich
mussten Nohnungssuchende wegen allzuweiter Entfernung der Wohnung vom
Arbeitsorte, wegen Ueberbelages der Wohnung, aus beruflichen oder sonstigen Gründen dringend untergebracht werden.

Wenn man diese Zahlen liest, erkennt man klar, dass nur dringende Fälle des Wohnungsbedarfes rasch Berücksichtigung finden können, stehen den der städtischen Wohnhäuserverwaltung nur die Wohnungen in Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien zur Verfügung. Durch den Wegfall des Anforderungsrochtes ist eine Unzahl freiwerdender Wohnungen dem freien Wohnungsmarkt überlassen worden; ein grosser Teil der Wohnungsbedürftigen muss daher, solange es kein Anforderungsrecht der Gemeinde gibt, auf den freien Wohnungsmarkt verwiesen werden.

-,-.-.-.-

Ein sicherheitsgefährliches Gasgerät.

Von einigen Händlern wird ein sogenannter Casflammenschutzrost "Feke" verkauft. Der Apparat besteht aus einem gusseisernen Ring
mit vier pder sechs mippen und einem primitiv an dem Ring befestigten
Zündhütchen für selbsttätige Zündung. Diese Zündverrichtung arbeitet
jedech nach mitteilun der zuständigen magistratsabteilung nicht zuverlässig; der Apparat ist daher als sicherheits ef hrlich befunden worden. Die Pevelkerung wird im eigenen Interesse vor dem Ankauf dieses
Gasgerätes gewarnt.

Jubilare der Ehe.

-.-.-.-.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Karl Albert und Marie Horny, Karl und Anna Lahner, Franz und Josefine Scheidl, Wilhelm und Perta Stern und Rudelf und Josefa Wimmer das Fost der geldenen Hechzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Samstag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, berlückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

274

Wien, am 11.0ktober 1932

Eine*Leschetitzky-Gasso und ein Gutzkow-Platz in Wien.

In Hietzing befindet sich im Zuge der Premreinergasse ein Platz, der bisher nech unbenannt war. Dieser Platz wird nun nach einem Beschluss des Gemeineeratsausschusses für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten nach dem Dichter Karl Gutzkow "Gutzkow-Platz" benannt. In Hernals zweigt von der Dürwaringstrasse zu der an der Restauration "Zur Schafbergalpe" verbeiführenden Randstrasse des Wald-und Wiesengürtels eine noch unbenannte Gasse ab; sie erhält nun nach dem Klavierpädagogen Theodor Leschetitzky den Namen "Leschetitzky-Gasse". Die Erläuterungstafeln der neubenannten Strassenzüge werden lauten: "Karl Gutzkow (1811-1878), freisinniger deutscher Dichter" und "Theodor Leschetitzky (1830-1915), Klavierpädagoge".

703 Konfessionsänderungen in Wien im Juli 1932.

Im vergangenen Juli wurden an den Wiener Magistrat 703 Anzeigen über Kenfessionsänderung erstattet; das sind, wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, um 90 Anzeigen weniger als im Juni dieses Jahres und um 43 Anzeigen weniger als im Juli des Vorjahres. 530 Personen zeigten ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche, 81 ihren Austritt aus der mosaischen Keligionsgemeinschaft an; 429 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

505.599 Gasabnehmer in Wien.

Die Direktion der städtischen Gaswerke teilt mit, dass am 30. September dieses Jahres 505.599 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen haben. Gegenüber dem Stand im Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasabnehmer am 30. September dieses Jahres mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versergt hatten. Im vergangenen September haben die städtischen Gaswerke 1.455 Gasmesser neu aufgestellt, 754 Gasmessersersnlagen vergrössert und 236 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten war im Berichtsmonate ein sehr reger; an Gasherden, Kochplatten, Gasbügeleinrichtungen, Gasbratrohren, Gasheisswasserspeichern und Gasbadoffen wurden insgesamt 612 Geräte verkauft. Ausserdem wurden 133 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" abgesetzt.

Erweiterung der Wassergewinnungsanlage im Gaswerk Loopeldau.

Der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen hat in seiner letzten Sitzung eine Vergrösserung der Mutzwasseranlage des Gaswerkes Leopoldau beschlossen. Durch diese Vergrösserung der Anlage wird es vermieden werden, dass für Kühlzwecke Hochquellenwasser herangezogen werden muss. Die Kosten der neuen Anlage betragen rund 150.000 Schilling.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

275

Wien, am 12, Oktober 1932

Die Wiener städtischen Unternehmungen.

Ein Bericht über die wichtigsten Geschaftsfälle im zweiten Quartal des heurigen Jahres.-Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Die Wiener städtischen Unternehmungen haben dem Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen in dessen letzter Sitzung einen Bericht über die wichtigsten Geschäftsfälle im zweiten Quartal des heurigen Jahres vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass die Wirtschaftskrise sich natürlich auch bei den städtischen Unternehmungen weiter auswirkt. Die Senkung des Lebensstandards der Wiener Bevölkerung, die ungeheure Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnsenkungen zwingen die Menschen zu den allergrössten Einschränkungen. So kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich viele Konsumsenkungen zeigen. Trotz Krise haben jedoch einzelne Unternehmungszwei ge in der Berichtszeit günstiger abgeschnitten als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die städtischen Gaswerke haben in der Berichtszeit insgesamt 73,532.930 Kubikmeter Gas abgegeben; da in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres 74,260.680 Kubikmeter Gas abgegeben worden waren, ist somit der Gasverbrauch um fast 1 Prozent gesunken. Die Zahl der neuen Zuleitungen für Gasmesser ist gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres auch zurückgegangen; der Bericht führt für das zweite Quartal des heurigen Jahres 334 neue Zuleitungen gegenüber 611 neuen Zuleitungen in der gleichen Zeit des Vorjahres an. Während im zweiten Quartal des Vorjahres 4148 neue Gasmesseranschlüsse durchgeführt worden waren, wurden im zweiten Viertel des heurigen Jahres bloss 3901 Anschlüsse ausgeführt. Am 30. Juni 1932 standen 502.362 Gasmesser gegen 487.076 am 30. Juni 1931 in Verwendung. Es ist daher die Zahl der in Verwendung stehenden Gasmesser um mehr als 15.000 gestiegen. Auch beim Verkauf von Gasgeräten zeigt sich eine Senkung; im zweiten Quartal des Vorjahres waren 2188 Gasgeräte verkauft worden, während in der Berichtszeit nur mehr 1704 Geräte verkauft wurden. Auch beim Verkauf von Koksöfen ist im Vergleich zum Vorjahre eine kleine Senkung eingetreten. Beim Koksverkauf der städtischen Gaswerke ist im Vergleiche zum Vorjahre eine Steigerung eingetreten; es wurden nämlich in der Berichtszeit 487.717 Zentner Koks gegenüber 452.923 Zentnern in der gleichen Zeit des vorigen Jahres verkauft. Im zweiten Viertel 1931 waren 15.372 Zentner Benzolkohlenwasserstoffe, 62.929 Zentner Teer und 4.897 Zentner Ammoniak verkauft worden; in derselben Zeit des heurigen Jahres weist der Bericht den Verkauf von 16.195 Zentnern Benzolkohlenwasserstoff, 80.253 Zentnern Teer und 4.511 Zentnern Ammoniak aus. Am 30. Juni 1932 standen 18.394 Gasflammen der öffentlichen Strassenbeleuchtung in Betrieb; am 30. Juni 1931 waren es noch 19.509. Die Verminderung ist auf die stetige Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung zurückzuführen.

Aus dem Berichte der städtischen <u>Blektrizitätswerke</u> ergibt sich bei der Summe der Stromerzeugung der Kraftwerke und des Fremdstrombezuges gegenüber dem zweiten Viertel des vergangenen Jahres eine Senkung um 5'9 Prozent, nämlich von 118,903.502 Kilowattstunden auf 111,864.802 Kilowattstunden. Der Strombedarf der Strassenbahnen und der Stadtbahn ist gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres um 10 Prozent, der der übrigen Bahnen um 8 Prozent und der Strombedarf für die allgemeine Licht- und Kraftabgabe um 5 Prozent zurückgegangen; nur die öffentliche Beleuchtung hatte einen erhöhten Strombedarf, nämlich eine Steigerung um 5 Prozent, zu verzeichnen. Im zweiten Quartal des vorigen Jahres hatten Strassenbahnen und Stadtbahn 33,781.000 Kilowattstunden und die übrigen Bahnen 1,690.000 Kilowattstunden

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.Blatt

Wien, am.

Strom von den städtischen Elektrizitätswærken bezogen. Die Stromabgabe für die öffentliche Beleuchtung hatte 4,335.000 Kilowattstunden, die allgemeine Licht- und Kraftabgabe 79,097.502 Kilowattstunden betragen. Im zweiten Viertel des heurigen Jahres wurden an Strassenbahnen und Stadtbahn 30,500.000 Kilowattstunden, an die übrigen Bahnen 1,556.000 Kilowattstunden für die öffentliche Beleuchtung 4,572.000 Kilowattstunden und an allgemeiner Licht- und Kraftabgabe 75,236.802 Kilowattstunden abgegeben. Die öffent liche elektrische Strassenbeleuchtung wurde in der Berichtszeit um 510 Lampen mit 99 Kilowatt und mehr als 12 Kilometer Streckenlänge vermehrt. Im zweiten Quartal des heurigen Jahres wurden 2.668 Hausanschlüsse vorgenommen deren Anschlusswert 3.483 Kilowatt beträgt. Insgesamt haben am 30. Juni des heurigen Jahres 653.040 Anlagen Strom von den städtischen Elektrizitäts werken bezogen.

Der Bericht der städtischen Strassenbahnen weist gegenüber demzweiten Quartal des vergangenen Jahres fast durchwegs Abnahmen, nur im Nachtverkehr des Autobusbetriebes Steigerungen auf. Strassenbahnen und Stadtbahn beförderten in der Berichtszeit 138,686.115 Fahrgäste, das sind um 9'4 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Im zwei ten Quartal des heurigen Jahres wurden insgesamt 104,953.401 Einzelfahrscheine, davon 60,964.337 durch die Schaffner und 43,989.064 im Vorverkauf værkauft; gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres bedeutet das bei der Zahl der verkauften Einzelfahrscheine einen Rückgang um 9'5 Prozent, und zwar beim Schaffnerverkauf einen Rückgang um 13'5 Prozent und beim Vorverkauf einen Rückgang um 3'4 Prozent . Von den 138,686.115 beförderten Fahrgästen benützten 33,732.714 Zeitkarten; davon entfielen 19,377.457 auf Netzkarten und 14,355.257 auf Streckenkarten. Auch hiebei ergibt sich ein Rückgang um rund 9 Prozent. In der Berichtszeit standen bei Strassenbahn und Stadtbahn täglich durchschnittlich 2780 Wagen in Betrieb; auf die Strassenbahn entfielen täglich durchs chnittlich 2525 Wagen-Abnahme gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres 4'1 Prozent-, auf die Stadtbahn 255 Wagen-Abnahme 8'3 Prozent. Auch die Zahl der Nutzkilometer der Personenwagen ist gegenüber dem zweiten Quartal 1931 gesunken, und zwar bei der Strassenbahn und Stadtbahn zusammen um 7'3 Prozent, bei der Strassenbahn allein um 7'2 Prozent, bei der Stadtbahn um 7'5 Prozent. Die Zahl der Nutzkilometer in der Berichtszeit betrug insgesamt 35,241.922, wovon auf die Strassenbahn 30,062.653 und auf die Stadtbahn 5,179.269 Kilometer entfielen. Im Autobusbetrieb betrug in der Berichtszeit die Zahl der Nutzkilometer im Tagverkehr 870.266 oder um rund 3'9 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des Jahres 1931. Die Zahl der im Tagverkehr der Autobusse beförderten Personen zeigt gegenüber dem zweiten Vierteljahr des Vorjahres eine Abnahme von 4'3 Prozent; in der Berichtszeit wurden im Tagverkehr der Autobusse insgesamt 7,259.464 Personen befördert. Dagegen weist der Nachtverkehr der Autobusse gegenüber dem zweiten Quartal 1931 eine Zunahme auf, und zwar bei der Zahl der Nutzkilometer eine Zunahme um 1'7 Prozent, bei der Zahl der beförderten Personen eine Zunahme um 9 18 Prozent. Insgedieser Zeit im Nachtverkehr der Autolasse bei 48.018 Nutzkilometern 251.318 Personen befördert.

Im Berichte des <u>Brauhauses</u> der Stadt Wien zeigt sich die bekannte Senkung des Bierkonsums. Der Biervertrieb senkte sich gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres von 96,384 Hektolitern auf 71.072 Hek-511

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

III.Blatt

Wien, am

toliter.

Die städtische Leichenbestattungsunternehmung weist in der Berichtszeit eine Zunahme des Geschäftsumfanges auf. Im zweiten Vierteljahr des heurigen Jahres wurden 2.839 vollbezahlte Bestattungen gegen 2.746 im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres durchgeführt. Die Zahl der kostenlos durchgeführten Leichenbegängnissen stieg von 405 im zweiten Quartal 1931 auf 416 in der Berichtszeit, die Zahl der Teilleistungen bei Leichenbegängnissen, die von anderen Unternehmungen durchgeführt wurden, von 2.107 auf 2.157.

Bei der städtischen Ankündigungsunternehmung war der Gesamtumsatz im zweiten Quartal des heurigen Jahres im wesentlichen dem Umsatz im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres gleich.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

276

Wien, am 12. Oktober 1932

Aus der Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien.

Bericht über Juli 1932.-Für die offene Fürsorge der Gemeinde Wien in einem Monat mehr als zwei Millionen Schilling aufgewendet.-403.152 Speiseportio-

nen bei den Kinderausspeisungen ausgegeben.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik wurden im vergangenen Juli in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge 1,242.800 Schilling, für Pflegebeiträge 522.600 Schilling, für Pflegegelder 187.200 Schilling und für Aushilfen 94.800 Schilling ausgegeben. Insgesamt wurden für diese Zweige der Fürsorge im Berichtsmonate 2,047.400 Schilling aufgewendet, um 16.100 Schilling mehr als im Juni dieses Jahres und um 230.300 Schilling mehr als im Juli 1931.

Die städtischen <u>Kindergärten</u> wurden im vergangenen **Juli** von täglich durchschnittlich 4.708 Kindern besucht, die städtischen <u>Kinderhorte</u> von täglich durchschnittlich 1.385 Kindern. Bei den <u>Kinderausspeisungen</u> der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonate insgesamt 403.152 Speiseportionen ausgegeben.

Die städtischen <u>Mutterberatungsstellen</u> führten im vergangenen Juli 22.724 Beratungen durch; das sind um 322 Beratungen weniger als im Juni dieses Jahres, aber um 3.457 Beratungen mehr als im Juli 1931.

Die städtischen Kranken-und Wohlfahrtsanstalten nahmen im Berichtsmonate insgesamt 3.743 Personen in Pflege auf, um 48 Personen mehr als im Juni dieses Jahres, aber um 139 Personen weniger als im Juli 1931. Die Zahl der in den städtischen Kranken-und Wohlfahrtsanstalten geleisteten Verpflegstage betrug 539.707; davon entfallen 247.276 Verpflegstage auf die Versorgungshäuser, 158.114 Verpflegstage auf die Anstalten für Geisteskranke und 66.746 Verpflegstage auf die Krankenanstalten.

Das Wiener <u>Berufsberatungsamt</u> führte im vergangenen Juli 1.650 Beratungen durch; das sind um 167 Beratungen weniger als im Juni dieses Jahres und um 75 Beratungen weniger als im Juli 1931. Im Berichtsmonate suchten 857 Personen das, Berufsberatungsamt zum erstenmal auf.

Mietzuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt in der vorigen Woche seine 69. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 690 Parteien in 88 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.907 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 40.994 Parteien in 4.634 Häusern stattgegegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 223.318 Schilling genehmigt.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

277

Wien, am 14. Oktober 1932

Die Wiener Gesundheitsverhältnisse im September.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien teilt mit, dass im vergangenen September in Wien 359 Anzeigen über Scharlecherkrankungen, 274 Anzeigen über Diphtherieerkrankungen, 48 Anzeigen über Abdominaltyphus, 13 Anzeigen über Paratyphuserkrankungen und 18 Anzeigen über Ruhrerkrankungen eingelangt sind. Da im August dieses Jahres 263 Scharlachmeldungen, 181 Diphtheriemeldungen, 21 Anzeigen über Erkrankungen an Abdominaltyphus, 16 Anzeigen über Paratyphus und 14 Ruhrmeldungen erstattet worden waren, ist im Berichtsmonate die Zahl der Anzeigen über Scharlacherkrankungen um 96, die Zahl der Anzeigen über Diphtherieerkrankungen um 93, die Zahl der Anzeigen über Abdominaltyphuserkrankungen um 27 und die Zahl der Ruhrmeldungen um 4 gestiegen, die Zahl der Anzeigen über Paratyphus hingegen um 3 zurückgegangen. Das häufigere Auftreten der Scharlacherkrankungen, der Diphtherie und der akuten Darminfektionskrankheiten ist nichts aussergewöhnliches; es ist dies in dieser Jahreszeit immer der Fall.

1.294 Fremde besichtigten im September das Wiener Rathaus.

Wie die Rathausverwaltung berichtet, haben im vergangenen September 1.294 Fremde die Sitzungs-und Festsäle des Wiener Rathauses besichtigt. Es waren dies 91 Einzelbesucher aus österreichischen Bundes-ländern, aus Deutschland, aus der Tschechoslowakei, aus der Schweiz, aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Frankreich, Holland, Dänemark und aus Italien, forner 24 Reisegruppen mit zusammen 1.203 Teilnehmern. 12 von den Reisegruppen kamen aus dem Auslande, und zwar aus Deutschland, Frankreich, Ungarn, Rumänien und Italien.

Wiederbelegung von Schachtgräbern im Ottakringer Friedhof.

Vom 1. Februar 1933 an werden die Schachtgräber der Gruppe IV im Ottakringer Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Gesuche um Enterdigungen sind bis längstens 31. Dezember bei der Magistratsabteilung 12 einzubringen. Auf verspätet überreichte Ansuchen wird keine Rücksicht genommen.

-.-.-.-

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau.

Die Bezirksvertretung Neubau tritt am Mittwoch, den 19. Oktober, um 18 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

278

Wien, am 15. Oktober 1932

Die Winterhilfe.

Die Vorarbeiten für die heurige Winterhilfe bereits

durchgeführt.

Die Vorarbeiten zur Durchführung der überparteilichen Winterhilfe sind bereits erledigt.

Die Grundsätze der Hilfeleistung, so die Ausgabe von Anweisungen zum Bezug von Eintopfgerichten, Lebensmittelpaketen und Brennmaterial, die sich im vorigen Jahr sehr bewährten, werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch in heurigen Jahr eingehalten werden, soweit es sich nicht auf Grund der vorjährigen Erfahrungen als notwendig erweist, unbedeutende Einzelheiten in anderer Form zu regeln. Die notwendigen Mittel zur Durchführung der überparteilichen Hilfsaktion sollen in nächster Zeit beschafft werden. Die unmittelbare Hilfeleistung kann allerdings erst später einsetzen.

Auch im heurigen Jahr gehören dem überparteilichen Kuratorium die Vertreter der beteiligten Ministerien, der Gemeinde Wien, der Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der politischen Parteixn, der grösseren Fürsorgeverbände und anderer Organisationen an. Es ist zu erwarten, dass die meisten Mitglieder des Kuratoriums, die bereits im vergangenen Jahr mitgearbeitet haben, auch in diesem Winter ihre wertvolle Kraft in den Dienst des Hilfswerkes stellen werden. Die Einladung zur ersten Sitzung des Kuratoriums wird voraussichtlich in der nächsten Woche erfolgen.

Neue Wohnungen.

-,-,-,-,-,-,-,-

Umwandlung von Kanzleien, Stockwerksaufsetzungen, Teilung von Grosswohnungen.

Die Wirtschaftskrise hat viele Büroräume überflüssig gemacht. Ein Teil dieser Räume wurde, wie aus einem Bericht der städtischen
Baupolizei zu ersehen ist, in Wohnungen umgewandelt. Durch diese Umwandlung wurden im ersten Halbjahr 1932 in Winn 224 Wohnungen neu geschaffen.
Unter den Bezirken steht die Innere Stadt mit 35 solchen Wohnungen an
der Spitze; in Simmering und Währing wurden keine Umwandlungen von Kanzleiräumen in Wohnungen vorgenommen. Durch Aufsetzungen von Stockwerken wurden
im ersten Halbjahr 1932 nur 23 neue Wohnungen geschaffen, durch Teilung
von 63 Grosswohnungen insgesamt 153 Wohnungen hergestellt, also
eine Vermehrung der Wohnungszahl um 90 erreicht. Es sind demnach durch
Umbauten, Stockwerksaufsetzungen und Wohnungsteilungen im ersten Halbjahr
1932 insgesamt 337 Wohnungen neu zugewachsen.

Keine Stafottenläufe in den Strassen Wiens.

In letzter Zeit ist es immer häufiger Uebung geworden, dass sportliche und auch andere Vereinigungen Stafettenläufe in den Strassen Wiens veranstalten. Solche Veranstaltungen führen zu Behinderungen des Verkehres auf den Strassen, die von der Bevölkerung unangenehm empfunden werden. So sehr die sportliche Betätigung eine Förderung verdient, ist doch auch auf die Interessen des Verkehres der Grosstadt Rücksicht zu nehmen, die gegen eine solche Benützung der Strassen sprechen. Bundespolizeidirektion und Magistrat, die mit der Handhabung der Bestimmungen des Strassenpolizeigesetzes betraut sind, sind daher übereingekommen, in Hinkunft eine Benützung der Strassen für derartige Zwecke nicht mehr zu gestatten. Die Bundespolizeidirektion wird in Hinkunft alle derartigen Ansuchen im Einvernehmen mit dem Wiener Magistrat abweisen.

-.-.-.-.-

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

279

Wien, am 17. Oktober 1932

Auflassung des Strassenbahn-Bahnhofes Assmayergasse.

Am kommenden Donnerstag wird der Strassenbahn-Bahnhof Assmayorgasse in Meidling aufgelassen und die Linie 18 G vom gleichen Tage an vom Stadtbahn-Bahnhof Michelbeuern aus betrieben. Um die Fahrgäste, die bisher die ersten vom Bahnhof Assmayergasse auslaufenden Züge der Linie 18 G benützten, nicht zu benachteiligen, werden als Ersatz bis zum Betriebsbeginn der Linie 61 Strassenbahnzüge vom Bahnhof Koppreitergasse über die Assmayergasse und Steinbauergasse zum Gürtel geführt.Dor ersto dieser Ersatzzüge wird bis zur Glatzgasse geleitet, die übrigen fahren bis zur Märzstrasse (Urban Loritzplatz) und haben unmittelbar Anschluss an die ersten Züge der Linie 8 . In den Stadtbahnhaltestellen Währingerstrasse und Nussdorferstrasse wird der Betrieb in der Fahrtrichtung nach Heiligenstadt um 12 Minuten früher als bisher aufgenommen. Von Heiligenstadt, Nussdorferstrasse und Währingerstrasse werden die ersten Züge in der Fahrtrichtung nach Meidling um eine halbe Stunde früher abgelassen. Da die letzten Züge der Linie 18 G in der Richtung von Heiligenstadt nach Meidling nur bis zur Währingerstrasse fahren, ist durch eine Betriebsverlängerung dafür vorgesorgt worden, dass die Fahrgäste von den Zügen der Linie 18 G auf die Züge der Rundlinie umsteigen und bis nach Meidling-Hauptstrasse gelangen können. Durch die Rückfahrt dieser Züge von Meidling-Hauptstrasse nach Michelbeuern wird auf diesem Teil der Gürtelstrecke die Betriebszeit um 22 Minuten verlängert.

Ziehung der Wiener Armenlotterie.

Am letzten Samstag hat im Ziehungssaal der Dienststelle für Staatlotterien die Ziehung der 109.Wiener Armenlotterie stattgefunden.Dabei sind folgende höhere Treffer ausgelost worden:Der erste Haupttreffer im Worte von 20.000 Schilling entfiel auf Losnummer 122.645;der zweite Haupttreffer im Werte von 10.000 Schilling auf Losnummer 178.109;der dritte bis sechste Haupttreffer im Werte von je 2.500 Schilling auf die Losnummer 205.699,211.094,277.290 und 367.585;der siebente bis zwanzigste Haupttreffer im Worte von je 1.500 Schilling auf die Losnummer 4.865, 79.008,129.596,147.460,168.170,180.430,187.191,245.537,247.192,307.600, 313.022,315.443,333.077 und 343.381.Auf Losnummer 247.192 entfiel überdies ein Serientreffer von fünf Schilling.Ausserdem wurden weitere 4.040 Treffer im Werte von 200 Schilling bis 5 Schilling gezogen.Amtlich überprüfte Ziehungslisten sind zum Preise von 20 Groschen in allen Losverschleistellen erhältlich. (Ohne Gewähr).

Bezirksvertretung Favoriten.

Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am Freitag, den 28. Oktober, um 16 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen.

.-.-,-,-.-.-.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

280

Wien, am 18. Oktober 1932

Wien in Zahlen.

Statistische Daten vom vergangenen Juli.

Strassenbahn und Autobus.

Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, hatten die Wiener städtischen Strassenbahnen einschliesslich der Stadtbahn im vergangenen Juli eine Fahrtleistung von 11,649.000 Wagenkilometern. Strassenbahn und Stadtbahn beförderten im Berichtsmonate 41,274.000 Fahrgäste, um 3,466.000 Fahrgäste weniger als im Juni dieses Jahres und um 5,466.000 Fahrgäste weniger als im Juli 1931.

Die städtischen Autobusse fuhren im vergangenen Juli 279.000 Wagenkilometer. Sie beförderten im Berichtsmonate 2,066.000 Fahrgäste, um 376.000 Fahrgäste weniger als im Juni dieses Jahres und um 290.000 Fahrgäste weniger als im Juli 1931.

Der Gas-, Strom-, Wasser-und Brennstoffverbrauch.

Der Wasserverbrauch in Wien betrug im vergangenen Juli 9,444.000 Kubikmeter, um 696.000 Kubikmeter mehr als im Juni dieses Jahres, aber um 322.000 Kubikmeter weniger als im Juli 1931.

Die städtischen Elektrizitätswerke erzeugten im Berichtsmonate 35,660.000 Kilowattstunden Strom; da sie im Juni dieses Jahres 35,912.000 Kilowattstunden und im Juli des Vorjahres 38,556.000 Kilowattstunden Strom erzeugt hatten, ergibt sich im Berichtsmonate gegenüber Juni dieses Jahres eine durch die Sommerzeit bedingte Mindererzeugung von 252.000 Kilowattstunden und gegenüber Juli 1931 eine Mindererzeugung von 2,896.000 Kilowattstunden Strom.

Der Gaskonsum in Wien im vergangenen Juli betrug 20,502.000 Kubikmeter, um 852.000 Kubikmeter weniger als im Juni dieses Jahres, aber um 1,702.000 Kubikmeter mehr als im Juli 1931. Der Rückgang im Juli gegenüber Juni ist durch die Sommerzeit gegeben.

Nach dem Monatsausweis der Mägistratsabteilung für Statistik wurden im Berichtsmonate in Wien 177.000 Tonnen Brennstoffe verbraucht; das sind um 25.000 Tonnen weniger als im Juni dieses Jahres, aber um 9.000 Tonnen mehr als im Juli 1931. Von den im Berichtsmonate verbrauchten Brennstoffen, von denen bloss 56.000 Tonnen (Juni 1932:54.000 Tonnen, Juli 1931:63.000 Tonnen) inländische Produkte waren, entfielen nur 15.000 Tonnen auf die Industrie. Das ist gegenüber Juni dieses Jahres und gegenüber Juli des Vorjahres ein Minderverbrauch von je 2.000 Tonnen.

Der Auftrieb auf den Viehmärkten.

Auf den Wiener Vichmärkten wurden im Berichtsmonate insgesamt 71.710 Stück Vieh aufgetrieben, um 2.938 Stück weniger als im Juni dieses Jahres und um 50.460 Stück weniger als im Juli 1931. Auf den Markt kamen im vergangenen Juli 9.025 Rinder, 6.627 Kälber, 21.075 Fett-und 34.983 Fleischschweine.

623 Ausrückungen der Wiener Feuerwehr.

Die Wiener städtischen Berufsfeuerwehr führte im vergangenen Juli 623 Ausrückungen durch; das sind um 239 Ausrückungen mehr als im Juni dieses Jahres und um 115 Ausrückungen mehr als im Juli 1931. Von den 623 Ausrückungen im Juli erfolgten 97 zu Bränden.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

281

Wien, am 19. Oktober 1932

Ein Denkmal für Professor Dr. Guido Holzknecht.

Ein aus Röntgenologen zusammengesetztes Komitee ist an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen herangetreten, die Aufstellung eines Denkmals für den am 30.0ktober 1931 verstorbenen Mitbegründer der medizinischen Röntgonologie Professor Dr.Guido Holzknecht in der Gartenanlage auf den Gründen des ehemaligen Bürgerversorgungshauses zu gestatten. In seiner letzten Sitzung hat nun der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, für die Aufstellung eines Guido Holzknecht-Denkmals einen geeigneten Platz in der erwähnten Gartenanlage zu widmen.

Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien.

.-.-.-.

.-.-.-.-.-.-.-.

Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt übermorgen, Freitag, um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Jubilare der Ehe.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Josef und Magdalena Kutscher, Josef und Christine Lerch, Josef Karl und Marie Mayer, Karl und Betty Mayer, Mathias und Theresia Pfaffel, Josef und Hermine Schlager und Anton und Barbara Schmidt das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Samstag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

Der städtische Arbeitsnachweis im Juli 1932.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik. wurden am 31. Juli dieses Jahres beim Arbeitsnachweis der Stadt Wien 29.719 unerledigte Stellengesuche und 45 unerledigte Stellenanbote gezählt. Das sind um 220 unerledigte Stellengesuche mehr und um 18 unerledigte Stellen-anbote weniger als im Juni dieses Jahres und um 6.344 unerledigte Stellengesuche mehr und um 203 unerledigte Stellenanbote weniger als im Juli 1931. Im Berichtsmonate führte der Arbeitsnachweis der Stadt Wien 135 Arbeitsvermittlungen durch, um 49 weniger als im Juni dieses Jahres und um 358 weniger als im Juli 1931.

Koch-und Haushaltungsschule der Stadt Wien.

Am 8. November beginnen für Hausgehilfinnen folgen**de** Kurse: Kochen, Kleidermachen, Weissnähen und Flicken. Ammeldungen in der Schulkanz-lei, Brückengasse 3; Fernruf B 25-4-19.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

282

Zweite Ausgabe

Wien, am 19.0ktober 1932

Versammlungsverbot gegen die oppositionellen Parteien in Wien.

Die von der Bundesregierung an die Bundespolizeidirektion ergangene Weisung, Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel, die von den oppositionellen
Parteien oder von den diesen Parteien angeschlossenen Vereinigungen veranstaltet werden, im Hinblick auf die politischen
Verhältnisse zu untersagen, ist nunmehr auch durch einen
Erlass dem Landeshauptmann von Wien bekanntgegeben worden.
Der Erlass lautet:

"Ueber Auftrag des Herrn Bundeskanzlers erteile ich hiemit die <u>Weisung</u>, einschlägige Untersagungsbescheide der Bundespolizeidirektion im Berufungswege vollinhaltlich bestätigen zu wollen.

. -, -, -, -

17. Oktober 1932 Der Staatssekretär: Fey m.e.H."

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

283

Wien, am 20. Oktober 1932.

Geehrte Redaktion!

Die Gemeinde Wien hat bekanntlich von 2. Mai dieses Jahres an in den Schwimmhallenbädern Amalienbad und Jörgerbad unentgeltliche Schwimmunterrichtskurse für Erwachsene eingeführt.

Um nun der Presse Gelegenheit zu geben, den Betrieb in beiden Hallenbädern während der unentgeltlichen Schwimmunterrichtskurse kennenzulernen, ladet amtsführender Stadtrat Richter zu einer am Montag, den 24. Oktober, stattfindenden

Pressebesichtigung

der Hallenschwimmbäder Amalienbad und Jörgerbad höflichst ein.

Zusammenkunft und Abfahrt: 16 Uhr, Rathausplatz unter dem Rathausturm.

Um die notwendigen Autobussitzplätze zur Verfügung stellen zu können, ist vorherige Anmeldung an die "Rathauskorrespondenz" unbedingt erforderlich.

Wieder grosse Strassenbauten in Wien.

Aufträge mit einem Kostenaufwand von fast 700.000 Schilling vergeben.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten, der in den letzten Wochen bereits grosse Aufträge zur Durchführung von Strassenbauten in Wien vergeben hat, hat auch in seiner letzten Sitzung wieder eine Reihe solcher Aufträge vergeben. Nahezu 700.000 Schilling werden wieder für Strassenbauten in verschiedenen Bezirken Wiens aufgewendet; die Aufträge werden, soweit es das günstige Bauwetter erlaubt, noch heuer durchgeführt werden; sie bedeuten Arbeit für hunderte Arbeitslose.

Vor allem ist im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogramms der Umbau von 17 Strassen, rund 360.000 Quadratmeter Strassengrund, vorgesehen. Es handelt sich dabei durchwegs um schadhafte Makadamstrassen, die eine neue Teermakadamdecke erhalten werden. Gleichzeitig werden die Gehsteige reguliert und instandgesetzt. Eine der 17 Strassen, die Simmeringer Lände, erhält wegen des atarken Pferdefuhrwerksverkehrs eine Steinschlagasphaltdecke.Die 17 Strassen sind: auf dem Alsergrund die Wilhelm Exner-Gasse vom Haus Nr. 2 bis zur Severingasse, in Favoriten die Dampfgasse von der Laxenburgerstrasse bis zur Herzgasse und die Erlachgasse von der Van der Nüll-Grese bis zur Leebgasse, in Simmering die Simmeringer Lände von der 7. Haidequerstrasse bis zur Margetinstrasse, in Hietzing die Thuersgasse vom Hietzinger Kai bis zur Auhofstrasse, in Rudolfsheim die Nobilegasse von der Märzstrasse bis zur Hütteldorferstrasse, in Fünfhaus die Holochergasse von der Hütteldorferstrasse bis zur Löschenkohlgasse, in Ottakring die Ganglbauergasse von der Koppstrasse bis zur Thaliastrasse, in Hernals die Beheimgasse von der Ranftlgasse bis zur Hormayrgasse, in Währing die Dempschergasse von der Blumengasse bis zur Antonigasse, die Dittesgasse von der Sternwartestrasse bis zur Hasenauerstrasse und die Schulgasse von der Karl Beck-Gasse bis zur Lacknergasse, in der Brigittenau die Pappenheimgasse von der Jägerstrasse bis zur Rafaelgasse, die Rafaelgasse von der Pappenheimgasse bis zur Leipzigerstrasse und die Osoelgasse von der Innstrasse bis zum Mortaraplatz und schliesslich in Floridsdorf die Freytaggasse von der Franklinstrasse bis zur Schlosshoferstrasse und die Langenzersdorfærstrasse vom Haus Nr. 17 bis zur Gemeindegrenze. Der notwendige Kostenaufwand für diese Strassenbauten beträgt rund 360.000 Schilling.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Flatt

Wien, am

Ausserdem wird, ebenfalls im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes, auf der Wieden die Rienösslgasse in der Strecke von der Waaggasse bis zur Fleischmanngasse umgebaut. Die Strasse erhält eine 6 Meter breite Fahrbahn aus Asphaltbeton auf Betonunterlage; die Gehsteige werden mit Granitrandsteinen abgegrenzt. Hiefür werden Kosten im Betrage von 45.000 Schilling aufgewandet. In Mariahilf wird, ebenfalls im Rahmon des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes, die Linke Wienzeile von der Spörlinggasse bis zur Proschkogasse umgebaut. Die 9 Meter breite Fahrbahn wird mit Granitwürfel gepflastert; die bedeutenden Unterschiede der Höhenlage bei den alten und neuen Gebäuden werden durch Rampen ausgeglichen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 35.000 Schilling. Das ausserordentliche Strassenbauprogramm sieht weiters den Umbau der Columbusgasse in Favoriten zwischen Erlachgasse und Buchengasse mit einem Kostenaufwand von rund 75.000 Schilling vor; die 7'5 Meter breite Fahrbahn erhält eine Asphaltbetondecke auf Betonunterlage, während die Gehsteige zum Teile gepfla. stert werden und zum Teil Gussasphaltbelag erhalten. In Ottakring werden im Rahmen des ausserordentlichen Strassenbauprogrammes zwei Strassen gebaut. Vorerst wird die östliche Randstrasse der Siedlung Spiegelgrund als Schotterstrasse mit einem Kostenaufwand von 30.000 Schilling errichtet. Dann erhält die Lindauergasse in der Strecke von der Neulerchenfelderstrasse bis zur Ottakringerstrasse eine 7 Meter breite Asphaltbetonfahrbahn auf Betonunterlage.Die Gehsteige werden geplastert und mit Granitrandsteinen abgegrenzt. Hiefür wird ein Betrag von 60.000 Schilling aufgewandet. In Währing wird die Kreuzung der Herbeckstrasse und der Dürwaringgasse mit einem Kostenaufwand von 2000 Schilling umgepflastert. Schliesslich werden in Floridsdorf einige Strassen im Bereiche der Wohnhausanlage an der Jedleseerstrasse neu gebaut. Mit einem Kostenaufwand von 85.000 Schilling wird der restliche Teil der Moltkegasse einen Asphaltbetonbelag auf Betonunterlage erhalten, während zwei Platzstrassen und ein Teil der Bunsengasse als Schotterstrassen ausgebaut werden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

-.-.-.-.-.-.-.-.

In Laufe der Woche wird die neuhergestellte elektrische Strassenbelcuhtung in der Unter-Meidlungerstrasse, Eibesbrunngasse, auf dem Verbindungsweg von Durchlass des Meidlinger Südbahnhofes zur Eibesbrunngasse und in einen Teil der Wilbrandtgasse in Betrieb gesetzt.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

284

I.Blatt

Wien, am 21. Oktober 1932

WIENER GEMEINDERAT Sitzung vom 21. Oktober 1932.

Vorsitzender Weigl er ffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmit tags und gibt zunächst bekannt, dass die Angehörigen der nationalsozialistischen Fraktion im Gemeinderate br flich mitgeteilt haben, dass sie aus Anlass der Vorkommnisse in Simmering bis zum 27. Oktober an keiner Sitzung teilnehmen werden.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen und ohne Debatte zum Beschluss erhoben: ein Tauschübereinkommen zwischen der Gemeinde und Karoline Böhm und Miteigentümern betreffend Grundstücke zwischen Brünherstrasse und verlängerter Ruthnergasse im XXI.Bezirk, ein Flächenwid - mungs- und Bebauungsplan für den südöstlichen Teiles des Hackenberges im XIX.Bezirk. Ferner ein Antrag betreffend die Aufhebung der Parkschutzbestimmungen für die Errichtung des Dr. Guiodo Holzknecht-Denkmales auf den Gründen des ehemaligen Bürgerversorgungshauses im IX.Bezirk und für die Aufstellung des Obelisken des Schmelzer Exerzierfeldes gegenüber der städtischen Wohnhausanlage an der Gablenzgasse.

GR. Nowak (soz, dem) berichtet über den Neubau kon Teilstrecken der Molikegasse- Bunsengasse und Platzstrasse im Bereiche der Wohnhausanlage Jedleseerstrasse im XX. Bezikk mit dem voraussichtlichen Kostenbetrag von Schilling 85.000.

GR.Dr. Zörnlaih (chr.soz.) stellt zunächst fest, dass seine Partei im Prinzip für jeden Antrag sei, der die Schaf fung von Arbeitsgelegenheit ermöglicht. Es ist die oberste Pflicht der Gemeinde, bei den herrschenden würgenden Wirtschaftsverhältnissen und bei der grossen Arbeitslosigkeit alle Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszuschöpfen. In dieser Beziehung hätte von der Mehrheit weit mehr getan werden können (lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen) zumal ! r gerade die Mehrheit die Pflicht hat, die verheerenden Wirkungen ihres Stemersystems einigermassen Wieder gutzumachen (lebhafter Beifall bei den Christleihsozialen) Noch nie war die Arbeitslosigkeit in dieser Stadt so gross wie gerade jetzt, da in Wien eine Partei herrscht, die vorgibt, ausschliesslich die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. vorliegenden Antrag können wir, in der Form wie er gestellt ist, unmöglich zustimmen, da er von einem "voraussichtlichen" Kostenbetrag spricht.Wer fremdes Geld verwaltet, muss die grösste Genauigkeit an den Tag legen und darf sich nicht mit voraussichtlichen Kostenbeträgen begnügen. Wo beginnt gier das Ungefähr und wo hört es auf Der Bau kann 85.000 Schilling kosten aber auch das Doppelte kosten. Es wäre gar nicht so schwer, von vornherein einen fixen Kostenbetrag zu nennen. Die Gemeinde schliesst ja mit dem Lieferanten auch auf fixe Beträge ab. Zumindest müsste die Maximalsumme bestimmt werden. Durch die Zustimmung zu einem solchen Antrag winderman der Mehrheit einen Freibelef für willkürliche Kostenüberschreitungen erteilen. Wir haben zur Mehrheit ein grenzenloses Misstrauen, weil wir nicht nur das Uebermass ihrer Steuereinhebungen sondern auch das Uebermass ihrer Geldausgaben kennen. In der letzten Gemeinderatssitzung, in der es die Mehrheit gut befunden hat, ohne uns weiter zu tagen und über ausserordentlich wichtige Dinge und über enorme Beträge zu beschliessen, einer Sitzung, die ohne uns nie hätte fortgesetzt werden dürfen, wenn man für die Bürde dieses Saales noch irgendein Empfinden hätte, wurden nicht weniger als 30.000 Schil.

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH Wien,

ling für das sogenannte zusätzliche Strassenbauprogramm . beschlossen. Dieses Geld wird in Wirklichkeit lediglich für das Dazwischenschieben der Gesiba hinausgeworfen, nur um zu verhindern, dass die Stadtgemeinde als direkter Darlehenenehmer bei der Zentralsparkasse auftritt. Man hätte viel besser daran getan, diese 30.000 Schilling dem Arbeitslosen zukommen zu lassen, als sie hinauszuwerfen, am einen eventuell von der Arbeitslosigkeit bedrohten Generaldirektor vor der Arbeitslosigkeit zu schützen. Wir haben aber nicht nur zu Ihrer finanziellen Gebarung, sondern auch zu Ihrer Bauführung das grösste Misstrauen, da diese Art der Bauweise schon ausserordentlich hohe Beträge gekostet hat. Ihr Lieblingskind, die Gesiba, hat mit der Werkbundausstellung geradezu ein finanzielles und technisches Fiasko der Stadt aufgezeigt, da die Gemeinde hier mit rund zweieinhalb Millionen in der Tinte sitzt. Solche Dinge können wir nicht mitverantworten (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen). Wir werden uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten (Lebhafter Beiffall bei den Christlichsozialen).

GR. Nowak stellt gegenüber dem Vorredner fest, dass die Kostenbeträge für Arbeiten jeweils auf Grund der vorgelegten Offerten und auf Grund der Erfahrungen, die die Gemeinde bei ähnlichen Arbeiten gewonnen hat, festgestellt werden, wobei es aber nicht immer möglich ist, den Betrag ganz genau zu treffen, sodass Abweihhungen nach unten oder oben vorkommen können. GR. Nowak nimmt mit entschiedenen Werten Stellung gegen die Behauptung des Vorredners, dass die Gemeinde an der Arbeitslosigkeit ingendeine Schuld trägt. Schuld daran ist vielmahr die Politik, die vom Bund und insbesondere auch gegen die Gemeinde gemacht wird. Was immer wir tun, werden wir das "Misstrauen" der Chrästlichsozialen gegen uns nicht beheben können. Die Gemeinde ist unentwegt bemüht, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wo es nur möglich ist.

Der Referentenantrag wird angen ommen.

GR. Broczyner (soz. dem.) erstattet den Rechenschaftsbericht und die Bilanz der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1931 . Der Jahresbericht weist einen Ueberschuss von 1,298.164.87 S aus, gegenüber einem Ueberschuss von 1, 412.740 S im Jahre 1930. Der Referent bespricht die Ursache, die den Betriebsüberschuss im Jahre 1931 geringer gestaltet haben, vor allem sei es weitgehende Zurückhaltung von gewinnbringenden Geschäften, um die Liquidität der Kasse auf der Hähe zu erhalten. Dies ist auch vollständig gelungen. Eine der Ursachen des Rückganges ist auch die Entwertung der Wertpapiere durch Kursverluste, wie sie überall zu beobachten sind. Am Ende des Betriebsjahres betrug der Einlagenstand 453, 345.494.58 S gegenüber einem Einlagenstand von 509,394.461.90 S Ende Dezember 1930. Bis zum Mai 1931, dem Ausbruch der Kreditanstaltskrise, sind die Einlagen konstant gestiegen, sie betru gen Ende Mai 553 Millionen Schülling, von da an wirkt sich die grosse Krise aus. Die Zentralsparkassa geniesst in stets steiegendem Masse das Vertrauen der gesamten Bevölkerung ohne Unterscheid der Partei, was am besten daraus hervor geht, dass sie 400.000 Einleger hat.

Der Referent legt dann die Bilanz des Kreditvereines der Sparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1931 mit einem Reingewinn von über 111.000.-- Schilling vor und beantragt die Genehmigung.

GR. Müller (christ.soz.) bedauert es, dass sich durch die Haltung gewisser Tageszeitungen, die eine Gefährdung des Schillings voraussagten, der Einlagenstand der Zentralsparkassa wie auch der übrigen

III. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Sparkassen Oesterreichs verringert habe. Dann bringt Redner verschiedene Wünsche vor, vor allem möge die Zentralsparkassa und der Kreditverein bei der Erteilung von Krediten an die Kaufmannschaft und den Gewerbestand weniger rigoros vorgehen, damit diese Kreise nicht genötigt seien bei Winkelinstituten Kredite mit hoher Verzinsung zu beanspruchen.

Man möge in jedem einzelnen Fall nach Möglichkeit Rücksicht üben. Schliesslich spricht Redner der Leitung der Zentralsparkassa, sämtlichen Beamten und Angestellten im Namen der Opposition für ihre Tätigkeit den Dank aus. In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass manche Blätter bei der Erörterung wirtschaftlicher Angelegenheiten leider nicht eine entsprechende Zurückhaltung beobachten. Am Schlusse seiner Ausführungen stattet auch der Referent dem gesamten Beamtenkörper den Dank des Gemeinderates ab. (Beifall).

Die Vorlagen werden angenommen.

StR. Weber berichtet über die Ausführung von 8 Wohnhausanlagen mit insgesamt 1093 Wohnungen und einem Kostenerfordernis von über 11,000.000. -- Schilling. In der Schelleingasse sollen 2 Anlagen errichtet werden; der eine Bau wird 38 Wohnungen, der zweite 48 Wohnungen enthalten. Die grosse Wohnhausanlage Spinnerin am Kreuz wird ausgebaut. Der neue Bauteil wird 5 Stiegenhäuser und 79 Wohnungen enthalten. Zwischen der grossen Wohnhausanlage an der Neilreichgasse undder in Bau befindlichen Kirche/nächst dem Wasserturm auf der Höhe des Wienerberges ist die Errichtung einer Wohnhausanlage mit 300 Kleinwohnungen an 13 Stiegen ge-Neben dem bæreits im Jahre 1927 fertiggestellten städt. Wohnhaus Landwehrstrasse 3 soll ein zweiter kleiner Wohnhausbau errichtet werden. Der neue Bauteil wird insgeamt 48 Wohnungen enthalten. Weiters ist der Ausbau der Siedlung Spiegelgrund, deren erster Teil im Jahre 1931 in Angriff genommen wurde, geplant. Das neue Bauvorhaben beinhaltet den Bau von 78 einstöckigen nach der Zeilenbauweise angeordneten Einfamilienhäuser mit den dazu gehörigen Siedlergärten und eines freistehenden einstückigen Mehrfamilienhauses mit 8 Kleinwohnungen. Die Bauausführung soll wie bisher der Gesiba als Treuhänderin der Gemeinde Wien übertragen werden. Zum weiteren Ausbau der grossen Wohnhausanlage Engelsplatz sollen neuerlich 11 Stiegenhäuser mit insgesamt 278 Wohnungen in Angriff genommen werden. Im Anschluss an die Wohnhausanlage Werndlgasse ist die Errichtung eines zweiten Baublockes geplant, von dem zw-nächst das erste Baulos, 9 Häuser umfassend, zur Ausführung gelangen soll. Derheue Bau wird insgesamt 216 Wohnungen enthalten. (Beifall.)

St.R. Kunschak (chr, soz,) stellt zunächst fest, dass die heutige Gemeinderatssitzung etwas überraschend einberufen wurde. Ursprünglich war sie nicht für den heutigen Tag in Aussicht genommen und dann hat man urplötzlich nach der Stadtratsitzung gefunden, dass sie unerlässlich sei, mit dem Hinweis darauf, dass das vor liegende Refarat einer dringlichen Behandlung bedürfe, damit die etwa noch gegebene Bauzeit ausgenützt und Arbeitslose beschäftigt werden können. Auch ich verkenne diese Gründe durchaus nicht und daher habe och offen erklärt, dem Wunsche des Stadtrates nach Abhaltung der Sitzung am heutigen Tage solle entsprochen werden, damit die Entscheidung über die geplanten Bauten in keiner Weise verzögert werde. Aber bei dieser Gelegenheit soll auch festgestellt werden, dass man es nicht immer so eilig gehabt hat, wie diesmal, dass man sich im Gegenteik zur Erledigung solcher Baureferate oft ausserordentlich viel Zeit gelassen hat und dess es immer eines sehr kräftigen Anstosses insbesondere von 524

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV.Blatt

Wien, am.

Seite der Opposition bedurite, um in die Bautätigkeit ein erträglinhes Tempo hineinzubringen. Im orsten Ha bjahr 1931 wurde dem Gemeinderat ein einziger Wohnhausbau mit 35 Wohnungen zur Erledigung vorgelegt. Erst am lo. Juli wurden 12 weitere Entwürfe vorgelegt und nach langer Pause am 2º. September weitere Entwürfe für neun Bauten . Man hat reichlich viel Bauzeit ungenützt verstreichen lassen, denn man ist zu den Vergebungen erst in der zweiten Hälfte des Jahres gekommen, die Bauzeit bereits abzulaufen beginnt, oder bereits abgelaufen ist. Auch im Jahre 1932 liegen die Ver hältnisse nichtbesser. Der Gemeinderat hat erst am 3. Juni die ersten Projekte zur Genehmigung erhalten . Auch bis dahin ist sehr viel Zeit verloren gegangen und dehr viel Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeit unverantwortlicherweise nicht rechtzeitig behoben worden. Diese Verzögerung wird noch dadurch verschärft. dass die Profiekte für zwei dieser Bauten bereits am 6. Oktober 1931 vom Ausschuss und am 13. Oktober vom Stadtsenat genehmigt worden waren. Hier liegt geradezu eine sträfliche Verzögerung der Inangriffnahme dieder Bauten vor. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen) In der Stadtsenatssitzung vom 19. April lagen auch Entwürfe vor, die dann mit dem § 99 genehmigt und erst am 30. Dezember dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt. Wurden. Man hat es auch damals also nicht eilig gehabt. Aber der amtsführende Stadtrat gehört zwar zu den schwer erziehbaren, aber doch nicht unvergesserlichen Stadträten, und so hat er wenigstens bei diesen Bauentwürfen die grösste Eile an den Tag gelegt.

Festgestellt soll noch werden, dass wir heuer insgesamt mit den jetzt vorliegenden Bauentwürfen nur den Bau von 2.666 Wohnungen vornehmen, dassheisst wesentlich weniger als für dieses Jahr vorausgesagt wurde, und da wir mit der entscheidenden Bautätigkeit erst Ende Oktober herauskommen, wird von den 2.666 genehmigten Wohnungen nur ein ganz geringer Bruchteil heuer in Ang . If genommen werden können und von Fertigstellung überhaupt keine Rede sein. St.R. Weber hat auch am 301 September mitge-teilt, es bestehe die Absicht, von der Kostensumme für die am damaligen Tage genehmigten Wohnhausbauten im Betrage von 11'2 Millionen nur ein Betrag von 1'8 Millionen im Jahre 1932 verausgabt werden soll. Das heutige Referat zeigt wieder ein bedeutendes Kostenerfordernis, aber nur ein ganz geringer Betrag davon dürfte für 1932 verausgabt werden können. Das heisst. dieses Wohnhausprogramm ist darauf berechnet, nur optisch und nicht faktisch zu wirken. Man tut nur so, als ob man etwas täte, man tut aber nichts (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen) für die Bevölkerung kommt, solange es bei dem blossen Gemeinderatebeschluss bleibt, nichts heraus. Wie notwendig es gewesen wäre, mit diesem Programm früher herauszukommen, ergibt sich aus einem Berichte des Stadtrates Weber selbst, der zeigt, dass nicht ein Abflauen sondern ein Ansteigen der Wehnungsnot zu beobachten ist. Eine wirkliche Wohnungsf ürsorge müsste sich der Entwicklung des Wohnungsbedarfes anpassen und eine wirkliche Arbeitsfürsorge dem Bedarf nach Arbeit. Das würde bedeuten, dass in diesem Jahre nicht allein 2.666 Wohnungen, davon der grosse Tuil erst am Endedes Jahres zur Beschlussfassung gelangt, sondern dass dieses oder eigentlich ein weit grösseres Bauprogramm schon zu Beginn des Jahres hätte genehmigt und zur Durbirführung gebracht werden müssen.

In formaler Hinsicht erheben wir Beschwerde gegen die neusste Methode, das Erfordernis für die einzelnen Bauprojekte nur mündlich durch den Referenten bekanntzugeben und nicht auch schriftlich in dem dem Gemeinderate vorgelegten Referat. Diese geänderte Methode der Berichterstattung geht auf den Bürgermeister zurück, ein Umstand, der sehr verwunderh

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

V. Blatt

muss, da gerade der Bürgermeister dazu berufen ist, gegenüber den amts führenden Stadträten und drm Magistrat das Recht des Gemeinderate zu vertreten. &Lebhafter Beifall bei den Chr. Soz.) In diesem Fall aber beschneidet der Bürgermeister gegenüber den amtsführenden Stadträten und dem Magistrat die Rechte des Gemeinderates, ein Umstand, der mit seiner Stellung als erster freigewählter Bürger und Repräsendant des Gemeinderates im schrofsten Widerspruch steht. Wir richten an den Bürgermeister den Appell: Werden Sie sich bewusst Ihrer Stellung als Wahrer der Rechte des Gemeinderates und verzichten Sie darauf, die Rechte des Gemeinderates zu verstümmelr Wir danken es dem Referenten, dass er wenigstens in seinem mündlichen Refere die Kostenerfordernisse für die einzelnen Bauten bekanntgegeben hat. Der Gemeinderat hat das Recht diese Kostenvoranschläge für die einzelnen Bauten zu kennen (Lebh. Beifall b.d. Chr. soz.) Er muss die Kosten ja im Rahmen des Budgets bewilligen.er muss wissen, ob sie gedeckt sind, er muss auch in der Kostenberechnungeine gewisse Gewähr haben, dass während der Bauzeit nicht willkürliche und tiefgreifende Aenderungen an dem Projekt vorgenommen werden (Lebh. Beifall b. d. Chr.soz.) Es sind ja schon vom Gemeinderat genehmigte Projekte im Lauf der Bauführung abgeändert worden, ohne dass der Gemeinderat von dieser Aenderung Kenntnis erlengt hätte. Wir müssen aber auch die einzelnen Summen kennen, um eine Kontrolle zu haben, ob bei diesen Bauten ökonomisch vorgegangen wird. Der Bürgermeister war nicht immer der Auffassung, der öffentliche Mandatar brauche nicht zu wissen, was ein bestimmter Bau koste. Die Gemeinde hat kürzlich das Jubiläum der Errichtung des Steinhofs gefeiert, den der Bürgermeister in etwas geschmackloser Weise als das Lebenswerk des Dr. Tandler bezeichnet habe. (Bgm. Seitz: Das habe ich nicht getan!) Dr. Tamdler ist am Steinhof so unschuldig, wie ich an seiner Geburt (Heiterkeit bei den Chr. Soz.) Bei diesem Bau ist es vo mehr als. 25 Jahren zu sehr beträchtlichen Ueberschreitungen gekommen, die sachlich sicherlich gerechtfertigt waren. Man hat sich damals nicht an das Projekt gehalten, sondern der verstorbene Oberkurator Steiner ist/die Zukunft vorausschauend darüber hinausgegangen. Wegen diese Ueberschreitungen wurden damals im niedurösterreichischen Landtag geradezu gigantische Kämpfe geführt und das Mindeste, was man forderte, dass Steiner von seinem Posten verschwinde und in Anklagezustand versetzt werde. Der Bürgermeister hat damels als Landtagsabgeordneter diesen Kampf mit aller Entschiedenheit geführt, woraus mir ihm keinen Vorwurf mechen. Denn wenn die Ueberschreitungen sachlich auch gerechtfertigt waren, so waren sie verwaltungspolitisch nicht gerechtfertigt, weil der Referent die Pflicht gehabt hätte, sie sich vom Landtag genehmigen zu lassen. Mehr verlangen wir auch von unserem Referenten nicht. Es genügt uns die mündliche Mitteilung nicht, wir verlangen, dass

St.R.Kunschak bemerkt sodann, dass der Wohnungsraum in den einzelnen Gemeindebauten seit Beginn der Bautätigkeit bis heute einen ausserordentlichen Schrumpfungsprozess durchgemacht habe. Man ist von 50'8 Quadratmeter auf ein Durchschnittsflächenausmass von 35 Quadratmeter heruntergekommen, das Mindestmass dessen, was eine Wohnung bestehend aus Zimmer und Küche noch haben muss.

die genauen Summen auch ins Referat aufgenommen werden.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

VI.Blatt

Der Redner verweist dann darauf, dass der Referent im Stadtsenat auf seine Frage, ob und inwelchem Umfang der republikanische Schutzbund in städt. Häusern untergrbacht sei, erklärt habe: Seines Wissens garnicht. Ein Referent müsse allerdings nicht alles wissen, was in seinem Königreich vorgeht. Der Anlass zu meiner Anfrage war der tiefbedauernwerte Vorfall am letzten Sonntag in Simmering. Ich will mich darüber nicht weiter auslassen, weil das nicht zum Gegenstand der Beratunggehört, aber ich darf wohl feststellen, dass es in Wien keinen fühlenden Menschen, aber auch keinen Menschen mit politischem und wirtschaftlichem Verstand geben kann, der diese Vorkommnisse nicht aus ganzer Seele bedauert und verabscheut. (Zustimmung bei der Opposition .) Aber mit dem Bedauern und mit der Verabscheuung ist naürlich nichts getan. Sie ist wertlos wenn nicht der Entschluss hinzutritt, alle möglichen Mittel anzuwenden, um die Wiederholung eines solchen Ereignisses auszuschliessen. Ich bin nicht in der Lage, Richter in der Schuldfrage zu sein, damit beschäftigen sich die zuständigen Gerichte, und wenn der Herr Bürgermeister in vollkommener Verkennung der Würde, die er als Bürgermeister zu haben hat, die österreichische Justiz eine Dirne genannt hat, so erwarte ich, dass der Saghverhalt durch die Gerichte geklärt und die Schuldtragenden zur entsprechenden Sühne herangezogen werden. Aber auch dann ist nicht alles getan, wenn die Schuldigen bestraft werden, wobei es noch fraglich ist, in welchem Masse die gerichtsordnungsmässig festgestellten Personen schuldig sind, ob sie nicht das Opfer von anderen geworden sind, (Beifall bei den Ohristl, Soz.) die im Hintergrunde stehen, die die Leidenschaften schü ren und die Vorbereitungen treffen, die bei Affektäusserungen zu solchen Ausschreitungen wie in Simmering am letzten Sonntag führen müssen.

Einer der Hauptbeteiligten an diesen Ereignissen ist der Republikanische Schutzbund, nicht als Leidtragender, denn von seinem Gegnern sind zwei und obendrein ein Sicherheitswachebeamte tot auf dem Platze geblieben. Viele Angehörige des Schutzbundes wurden verhaftet und eine beträchtliche Zahl hat bereits gestanden, von der Schusswaffe Gebrauch gemacht zu haben, und vielleicht der eine oder der andere wird die Todesopfer zu verantworten haben. Was kann es nun anderes geben, als das man dieser Organisation, die Waffen aufhäuft und sie verwendet, ein bedeutendes Augenmerk zuwendet und ihrer Tätigkeit Schranken su ziehen sich bemüht. Das ist die Aufgabe der Sicherheitsbehörde, der Gesetzgebung, der Regierung und in gewissem Sinne auch der Gemeindeverwaltung. In dieser Frage müssen Sie sich einmal klar werden. Sie sind hier Gemeindeverwalter und nicht sozialdemokratische Partei (lebhafter Beifall bei den Christl. Soz.). Die Gemeindeverwaltung hat öffentliche Interessen wahrzunehmen und jede Bedrohung und Störung hintanzuhalten. Kommt die Gefahr einer solchen Störung von einer bestimmten Organisation, dann ist die Gemeinde verpflichtet ibrer-seits alles zu unterlassen, was einer Förderung einer solchen Organisation gleichkommt. Der Bürgermeister und Landeshauptmann hat nicht das Recht der Entwaffnung oder Auflösung bestimmter Organisationen, das fällt nicht in seinen Wirkungskreis. Aber nicht/der ist schuldig, der eine bestimmte Bewegung nicht unterbindet, sondern auch der, der ihr Vorschub leistet (Sehr richtig bei den Christl. Soz.) . Als altes Volkswort sagt ja - Der Hehler ist noch schlechter als der Stehler .

VII. Blatt .

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Der Redner erklärt dann, er habe sich aus dieser Erwägung heraus selbst dafür interessiert, ob und in welchen städt. Häusern Abteilungen des republikanischen Schutzbundes untergebracht sind, und seine Erhebungen hätten ein geradezu erschreckendes Ergebnis gezeigt. Redner zählt zahlreiche städt. Wohnhäuser im 12., 13., 14. 15., 17., 18. und 20. Bezärk auf, wo nach den ihm gewordenen Mitteilungen Abteilungen des Schutzbundes ihren Sitz haben. In der Arndtstrasse in Meidling und in der Lorystrasse in Simmering befinden sich sogar in Räumen des Vereines der Kinderfreunde Schiesstätten des Schutzbundes. (Hört ! hört! bei den Christl. Soz.). Angesichts dieses Materiales werde wohl der amtführende Stadtrat genötigt sein, eine Ueberprüfung vorzunehmen. Redner betont, dass seine Angaben nicht vollständig seien, da ihm die Berichte seiner Gewährsmänner aus vielen anderen Wiener Bezirken fehlen. Wohl aber gehe schon jetzt aus dem Mitgeteilten hervor, dass die Gemeinde mit ihren Mitteln und mit ihrem Eigentum dem Schutzbund Vorschub und Förderung leistet. Nach allen Erfahrungen ist das ein unerträglicher Zustand. Wenn der Herr Bürgermeister ist seiner Stellung als verantwortlicher Träger nicht den Vorwurf auf sich nehmen will, an so blutigen Ereignissen mitschuldig zu sein, mitschuldig ander Gefahr, die an den Nerven aller Menschen dieser Stadt rüttelt, dass sich solche Ereignisse anderen Orts wiederholen, an der Gefahr, einmal einen blutigen Bürgerkrieg erleben zu müssen, dann muss er aagen : Schluss - In Gemeindehäusern haben bewaffnete Organisationen nichts zu suchen, auch nicht der Schutzbund, und wenn er hundertmal zu den Herzenskindern der Sozialdemokratie gehört.

Der Redner beantragt, die städt. Wohnhäuserverwaltung aufzufordern unverzüglich dem Schutzbund alle von ihm in Miete genommenen Räume in städt. Häusern, Wohnhausanlagen und Baracken in kürzester Frist aufzukündigen. Soweit solche Räume in Untermiete benützt werden, sind die Hauptmieter zu veranlassen, ebenfalls zu kündigen.

Wenn Sie diesen Antrag ablehnen, dann bekennen Sie damit, dass Sie bewusst einer Organisation aus Gemeindemitteln Schutz, Förderung und Unterstützung bieten, einer Organisation, die an blutigen Ereignissen wiederholt beteiligt war und die ständige Bedrohung des Bürgertums in Wien darstellt. (Lebhafter Beifall bei den Christl. Soz.).

VIII.Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.

Bürgermeister Seitz beschäftigt sich zunächst mit der Bemängelung des GR. Kunschak, dass bei dem vorliegenden Projekt nicht die Baukostensumme für den einzelnen Bau in dem schriftlichen Referate angegeben ist. Diese Bemängelung des GR. Kunschak ist nicht unberechtigt. Sowohl Stadtrat Weber wie ich sind einer Meinung, dass hier eine Aenderung in dem von GR. Kunschak gewünschten Sinne platzgreifen soll. Natürlich wird im einzelnen Falle die Baukostensumme nur in der Begründung zum Beschluss und nur ungefähr angegeben werden könne "wobei Abweichungen nach unten oder nach oben möglich sind.

Was die Kritik des GR.Kunschak an meiner Rede anlässlich der Jubiläumsfeier des Steinhof betrifft, so hat GR.Kunschak hier offenbar eine Mitteilung der Rathauskorrespondenz, die auch vielleicht nicht ganz deutlich gehalten war, missverstanden. Ich habe damals keineswegs dem Professor Tandler das Verdienst an der Errichtung des Steinhofes zugeschrieben, sondern nur gesagt, dass sich der Steinhof in das ganze Werk Tandlers eingefügt hat.

Im übrigen wird sich Stadtrat Weber zu den Ausführungen des GR.K nschak äussern(Lebhafte Aufe bei den Christlichsozialen: Was ist es mit dem Schutzbund&) Auf die von GR.K nschak gebrachten Zitate aus meiner Rede im Nationalrat gehe ich hier im Gemeinderat nicht ein, da ich nicht gesonnen bin, eine Debatte, die im Nationalrat stattgefunden hat, in einer anderen Körperschaft fortzusetzen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.-Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen).

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ MAVER FRIEDRICH

IX.Blatt

Wien, am.

Stadtrat Weber erklärt zurückkommend auf die Ausführungen des GR. Kunschak, dass er tatsächlich die Einberufung der Gemeinderatssitzung für den heutigen Tag betrieben habe, da ihm ausserordentlich daran gelegen war, bei der Durchführung des heute vorliegenden Wohnbauprojekts auch nicht einen einzigen Tag zu versäumen. Aber auch Versäumnisses sonst hat sich die Gemeindeverwaltung keiner bei der Vergebung von Bauarbeiten schuldig gemacht. Wenn Verzögerungen eingetreten sind, so is a sind sie darauf zurückzuführen, dass die Vergebung von Bauarbeiten selbstresständlich untrennbar mit den Kasseneingängen der Gemeinde verbunden ist. Gerade die Tatsache, dass wir die Bauprojekte dem Gemeindera t sehr vorsichtig unterbreiten, zeigt, wie sehr wir uns uns erer Verantwortung bewusst sind. Die mit dem vorliegenden Bauprojekt zusammenhängenden Bauarbeiten sollen schon am kommenden Montag vergeben werden und es sind schon alle Vorbereitungen getroffen, dass mit den Arbeiten im Lauf der nächsten Wocke begonnen werden kann. Wieviel von den 11'5 Millionen in diesem Jahr noch verbraucht werden wird hängt davon ab, wielange wie zu arbeiten in der Lage sind. Voraussichtlich werden für die heute zu beschliessenden Bauten etwa noch 800.000 Schilling zur Auszallung gelangen können. Mit den Wünschen des GR. Kunschak, an Stelle der summarischen Darstellung eine Detailaufstellung über die einzelnen Baukosten dem Gemeinderat vorzulegen, befinde ich mich in vollster Uebereinstimmung. Es sei aber bemerkt, dass jeder Bau zweimal im Ausschuss vorberaten und dass dort auch die Bauskostenksumme genannt wird, Dieses Protokoll wird im Amtsbadtt veröffentlicht. Stadtrat Weber widerspricht der Bemerkung des GR. Kunschak, dass einzelne Bauten nicht dem im Gemeinderat beschlossenen Projekt entsprechend ausgeführt worden sind. Seit seiner Amtsführung sei keine einzige Bauführung der Kompetenz des Gemeinderates entzogen worden. Dass eine Verkleinerung für tembengen bei bei des Wohnungsausmasses platzgegriffen hat, ist richtig. Seitdem die Gemeinde rund 50 Millionen durch die Abgabenteilung eingebüsst hat und für die Wohnhausbauten nur mit den Erträgnissen der Wohnbausteuer das Auslangen finden muss, werden die Johnungen auf das in der Bauordnung vorgesehene Durchschnittsmass herabgesetzt. Wenn wir zu den 70.000 separierten Kabinetten noch rund 20.000 Wohnungen mit einem Durchschnitssausmass von 35 m2 erbauen können, werden wir ungemein viel geleistet haben. GR. Kunschak hat auch gemeint, dass wir zuviel Geschäftslokale hauen. In dem heutigen Referat, das über 1.093 Wohnungen handelt, sind im ganzen 3 Geschäftslokale enthalten. Für eine Stadt von 60.000 Wohnungen, die wir erbaut hahen, müssen wir auch die entsprechenden Geschäfts- und Versammlungskokale state schaffen. Wie GR. Kunschak so begrüssen auch wir es, dass eine Verbilligung bei der Bauführung eingetreten ist, da Sie es uns ermöglicht, mehr zu hauen. Im allgemeinen beträgt die Verbilligung etwa 15 bis 20 Prozent, wobei diese Verbilligung durchaus nicht auf Kosten der Qualität erfolgt. Wenn GR. Kunschak an mich die Frage richtet, wieviel Lokale an den Schutzbund vermietet sind, so kann ich ihm darauf nur antworten, dass die Gemeinde nicht weniger als 70.000 Mietobjekte, Wohnungen und Geschäftslokale 529

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

X.Blatt

Wien, am.

in den alten und neuen Wohnhäusern verwalte. Es wäre zu viel verlangt, wenn man selbst von den unmittelbaren Leitern des Amtes der Häuserverwaltung verlangen wollte, dass er sagt, an wem diese Lokale vermiet et sind (Lebh. Widerspruch bei den Christlinsozialen). Auch ich kann natürlich diese Mitteilung nicht machen. Zunächst muss, ' die vom GR. Kunschak verlesene Liste nachgeprüft werden. Aus Mitteilungen, die mir von den zuständigen Faktoren bereitshber im Gemeinderat gemacht worden sind, entnehme ich, dass in dieser Liste zumindest eine ganze Reihe von Missverstündnissen enthalten ist. Zum Beispiel gehört die sogenannte Kinderfreundebaracke in Simmering, in der der Schutzbund sein soll, gar nicht der Gemeinde, sondern ist ein Eigentum der sozialdemokratischen Partei Simmering. So wird es wohl auch bei vielen anderen der verlesenen Objekte sein. Zu dem Antrag Kunschak erkläre ich, ohne mich auf Einzelheiten einzulassen, dass ich aus grundsützlichen Erwägungen die Ablehnung dieses Antrage begehren muss (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.-Lebhafte Protestrufe bei den Christlächsprialen.-Zahlreiche Zwischenrufe). Für die städtische Wohnhäuserverwaltung kann nur das Mietengesetz und die Hausordnung Geltung haben. Wer nicht nach dem Mietengesetz kündbar ist, dem wird von der städtischen Wohnhäuserverwaltung: gekündigtt. Die Gesinnung eines Menschen ist keineswegs ein Kündigungsgrund um es ist auch keineswegs in den Hausordnungen die Betkimmung enthalten, dass niemand dem Schutzbund oder einer sonstigen Wehrorganisation angehören darf. Es ist einfach unmöglich, eine grosse Kategorie von Menschen unter ein Ausnahmsrecht zu stellen und sie heute aus einem Lokal, morgen aus der Wohnung zu kündigen und zu delogieren. Sehr oft wurde ein solchen Begehren an uns gestellt. Ich lehne es ab. Für mich kann es nur ein Recht , aber kein Sonderrecht geben. Daher bitte ich um Annahme der von mir gestellten Anträge und Ablehnung des Antrages Kunschak (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.-Stürmische Zwischenrufe/mei den Christlichsozialen.-

Der Referentenantzag wird hæerauf angenommen, der Antrag Kunschak abgelehnt.

Die Ablehnung erregt auf den Bänken der Christlichsozialen lauten Widerspruch, man hört die Rufe: Schämen Sie sich, Pfui Teufel! Gemeinderat Kunschak ruft: Der Gemeinderat erklärt sich solidarisch, Weber als Protektor des Schutzbundes!

Schluss der Sitzung 20 Uhr 10.
Bogenabfertigung 20 Uhr 45.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

285

Wien, am 22. Oktober 1932

Professor Carl Lafite-Bürger der Stadt Wien.

Der Gemeinderat der Stadt Wien hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Komponisten und Musikpädagogen Professor Carl Lafite anlässlich der Vollendung des sechzigsten Lebensjahres in Würdigung der grossen Verdienste um das österreichische und insbesondere um das Wiener Kunstleben zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

Der neue Bürger wurde am 31. Oktober 1872 in Wien geboren. Nach Absolvierung des Konservatoriums der Gesellschaft der Musikfreunde widmete sich Carl Lafite der praktischen Ausübung seiner Kunst; durch ein bedeutendes ursprüngliches Talent begünstigt, wurde er einer der besten Pianisten und feinfühligsten Begleiter. Gleichzeitig wirkte er als Chormeister und Dirigent des Wiener Sängerbundes, als Dirigent der Wiener Singakademie und des evangelischen Singvereines. Zehn Jahre lang war er Generalsekretär der Gesellschaft der Musikfreunde.

Von frühester Jugend an war Lafite kompositorisch tätig;seine melodienreichen Werke zeigen echtes,urwüchsiges Wiener Talent. Auch als Schriftsteller erwarb sich der neue Bürger einen geachteten Namen. Sein grösstes Verdienst liegt jedoch in seiner musikpädagogischen Tätigkeit;als Lehrer für Klavier, Orgel, Gesang, Harmonielehre und Kontrapunkt leistete Professor Carl Lafite vor allem am Neuen Wiener Konservatorium Vorbildliches

Die Forderungen der Gemeinden an Bund und Länder. Einberufung des Städtetages.

Am letzten Freitag tagte im Wiener kathaus unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Emmerling und des Bürgermeisters Muchitsch (Graz) der Grosse Ausschuss des Städtebundes. Die Sitzung war von den Vertretern fast aller grossen Gemeinden aus sämtlichen Bundesländern beschickt.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Der Grosse Ausschuss hatte Mitte Juli ein Forderungsprogramm beschlossen, in dem vom Bund die schlüsselmässige Beteiligung der Gemeinden an allen zu schaffenden Mehreinnahmen aus Bundessteuern, die bisher gemeinschaftlich waren, die schlüsselmässige Beteiligung der Gemeinden an den Krisensteuern, die Herabsetzung des Bankzinsfusses, die Konvertierung kurzfristiger Gemeindeschulden, die Befreiung der Gemeinden von den Kleinrentnerbeiträgen, die Gleichstellung der Gemeindebetriebe mit den Privatbetrieben bezüglich der Steuerbekenntnisse, die Freigabe des Bundespräzipuums, die Beteiligung der Gemeinden an der Benzinsteuer und die Schaffung eines Bundesausgleichsfonds für von der Wirtschaftskrise besonders hart betroffene Gemeinden verlangt worden ist. Die Bundesregierung ist ferner ersucht worden, einige Forderungen der Gemeinden an die Lönder zu unterstützen.

Dieses Forderungsprogramm ist damals von einer Abordnung dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister unterbreitet worden. Auf Vorschlag des Bundeskanzlers wurde aus der Mitte der Abordnung ein Komitee zur Führung der Verhandlungen gewählt; dieses Komitee verhandelte mit dem Bundesfinanzminister Dr. Weidenhoffer.

Ueber diese Verhandlungen berichtete nun Vizebürgermeister Rückl (Graz) in der Sitzung des Grossen Ausschusses des Städtebundes am letzten Freitag. Er teilte mit, dass die Regierung die Berechtigung der meisten Forderungen des Städtebundes anerkennen musste; Zusagen konnten jedoch den Städtevertretern mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Bundes nicht gemacht werden. Der Bundesfinanzminister gab der Ansicht Ausdruck, dass die Gemeinden so wie der Bund ihren Haushalt nur durch Ersparungen in Ordnung bringen könnten. Jede neue Belastung der Steuerträger müsse

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.Blatt

Wien, am.

unbedingt vermieden werden. Ein Ausgleichsfonds für notleidende Gemeinden könne auf keinen Fall aus Bundesmitteln dotiert werden, er könnte nur durch Dotation aus den Ertragsanteilen der Gemeinden gespeist werden. Aber auch den Ländern könne zugunsten der Gemeinden von ihren Einnahmen nichts genommen werden.

Den eingehenden Darstellungen der beispiellosen Arbeitslosennot in den Industriegebieten durch die Abordnung des Grossen Ausschusses
sei es, wie der Referent ausführte, gelungen, Bundeskanzler und Bundesfinanzminister zur Erhöhung des von der Regierung für die Zwecke der Winterhilfe
für Ausgesteuerte veranschlagten Betrages von 5 Millionen Schilling zu
bewegen. Es seien 7 Millionen Schilling vom Nationalrat bewilligt worden.
Die Bestimmungen über die Aufteilung seien jedoch derart mangelhaft, dass
keine Gemeinde berechnen könne, welchen Betrag sie erhalten werde, so dass
die Gemeinden mit ihren Aktionen nicht planmässig und den Erfordernissen
entsprechend einsetzen können. Der Städtebund müsse daher eine Novellierung
der Aufteilungsbestimmungen verlangen, zu deren Grundlage die Zahl der Arbeitslosen überhaupt genommen werden muss.

Die im allgemeinen ablehnende Haltung der Regierung zwinge den Städtebund, die Probleme der Kommunalverwaltung vor aller Oeffentlich-keit aufzurollen und die Weigerung der Regierung, der Not der Gemeinden zu steuern, mit aller Deutlichkeit festzustellen. Der Städtebund müsse sich aber auch an die Parteien des Nationalrates um Unterstützung seiner Forderungen wenden.

Der Referent stellte den Antrag, in allernächster Zeit einen grossen Städtetag

einzuberufen, zu dem die Recierung, die politischen Parteien und die gesetzlichen Interessenvertretungen von Handel, Industrie und Gewerbe, Landwirtschaft, Arbeiter-und Angestelltenschaft eingeladen werden sollen. Aufgabe des Städtetages werde es sein, die katastrophale Situation der Gemeinden offen darzulegen und alle Konsequenzen, die sich aus der Nichterfüllung der Forderungen des Städtebundes zwangsläufig ergeben müssen, festzustellen.

An das Referat schloss sich eine sehr lebhafte Aussprache, an der sich die Bürgermeister <u>Pichler</u> (Klagenfurt), <u>Muchitsch</u> (Graz), <u>Aust</u> (Knittelfeld), <u>Sichelrader</u> (Steyr) und die Stadträte Professor <u>Holzer</u> (Wr. Neustadt), Dr. <u>Fischer</u> (St. Pölten) und <u>Honay</u> (Wien) beteiligten. Der Antrag des Referenten auf Einberufung des Städtetages wurde einstimmig beschlossen. Der Städtetag wird Mitte November in Wien abgehalten werden.

Strassenbahn- und Autobusverkehr zum Zentralfriedhof in der Allerheiligenwoche.

-,-,-,-,-,-,-,-

Die Strassenbahndirektion teilt über den Allerheiligenverkehr mit, dass ausser der Linie 71 (Walfischgasse-Rennweg-Zentralfriedhof) in der Allerheiligenwoche nach Massgabe des Bedarfes folgende Strassenbahnlinien zum Zentralfriedhof geführt werden:

Am Mittwoch, den 26. Oktober, nachmittags ein Teil der Linie 6 und erforderlichenfalls die Linien 35 (Porzellangasse-Ring) und 74 (Landstrasser Hauptstrasse). Am Donnerstag, den 27. Oktober, und Freitag, den 28. Oktober, vormittags und nachmittags die Linien 6 und 74 und nachmittags im Bedarfsfalle überdies die Linien 18 und 35. Am Samstag, den 29. Oktober, 533

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

III.Blatt

Wien, am

vormittags und nachmittags die Linien 6 und 74, nachmittags nach Bedarf überdies die Linien 18,33(Klosterneuburgerstrasse-Kai) und 35. Am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags und nachmittags die Linien 6, 13 (Margaretenplatz), 18,22 (Praterstrasse), 29 (Dresdnerstrasse), 33, 35,42,43,46,63 und 74. Am Montag, den 31. Oktober, vormittags und nachmittags die Linien 6,35 und 74, nachmittags je nach Bedarf überdies die Linien 18,33,42 und 43. Am Dienstag, den 1. November, vormittags und nachmittags die Linien 6,13,18,22,29,33,35,41,42,43,46,63 und 74 und am Mittwoch, den 2. November, vormittags und nachmittags die Linien 6,18,33,35 und 74, nachmittags je nach Bedarf überdies die Linien 42, 43 und 63.

Der Betrieb der Linie F wird am Sonntag, den 30. Oktober, und am Dienstag, den 1. November, während der ganzen Betriebddauer eingestellt; als Ersatz werden in der Währingerstrasse die Pendellinie 42 (Kreuzgasse-Währingerstrasse-Schottenring) und in der Landstrasser Hauptstrasse die Pendellinie 74 (Wollzeile-Landstrasser Hauptstrasse-St. Marx oder Zentralfriedhof) geführt.

Der Betrieb der Linie 72 (Schwechat) wird von Samstag, den 29. Oktober, bis einschliesslich Mittwoch, den 2. November, von etwa 14 Uhr bis 18 Uhr gänzlich eingestellt.

Autobus - Allerheiligenverkehr.

Am Sonntag, den 30. Oktober, und am Dienstag, den 1. November, wird in der Zeit von 8 Uhr bis 19 Uhr ein Autobusverkehr von der Staatsoper (Augustinerstrasse) - Mahlerstrasse-Schwarzenbergplatz-RennwegSimmeringer Hauptstrasse zum Zentralfriedhof, III. Tor, eingerichtet. Der
Fahrpreis für eine Fahrt zum Zentralfriedhof, III. Tor, beträgt hin oder
zurück ab Oper (Augustinerstrasse) 90 Groschen, ab Schwarzenbergplatz
80 Groschen, ab Ungargasse- Fasangasse 70 Groschen und ab St. Marx 60
Groschen.

Die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten findet von nun an Mittwoch und Freitag um 10 Uhr statt.

Herausgeber und verantw. Redakteur:

2. Ausgabe.

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 22. Oktober 1932.

Eine Radium-Spende für das Strahlentherapeutische Institut in Lainz.

Der Verwaltungsausschuss der Städtischen Versicherungsanstalt hat beschlossen, dem Lainzer Strahlentherapeutischen Institut der Gemeinde Wien eine Spende von loo.ooo Schilling zum Ankauf von Radium zu widmen. Ein Teilbetrag von 20.000 Schilling ist dem Institut bereits übermittelt worden.

Die Spende ermöglicht es, den Radiumbestand des Strahlentherapeutischen Institutes zu vergrössern. Der Andrang zu dem Institut ist so gross, dass der gesamte Vorrat von 5 Gramm Radium ununterbrochen in Anspruch genommen wird. Nur durch kontinuierlichen Tag-und Nachtbetrieb konnte bisher der Beanspruchung Genüge geleistet werden. Durch die Vergrösserung des Radiumbestandes wird nun im Strahlentherapeutischen Institut der Gemeinde Wien noch mehr Kranken Hilfe und Heilung geboten werden können.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

287

Wien, am 21, Oktober 1932

Mietzinszuschüsse der Gemeinde Wien für Wohnhausreparaturen.

Der vom Gemeinderat der Stadt Wien eingesetzte Beirat, dem die Entscheidung über die Gewährung von Zuschüssen zu Hauptmietzinsen zusteht, die das Viertausendfache des Friedenszinses übersteigen, hielt am letzten Donnerstag seine 70. Sitzung ab. In dieser Sitzung wurden die Ansuchen von 553 Parteien in 79 Häusern behandelt und Mietzinszuschüsse im Betrage von monatlich 3.174 Schilling bewilligt. Insgesamt hat der Beirat bisher den Ansuchen von 41.547 Parteien in 4.713 Häusern stattgegeben und zusammen Monatsbeiträge in der Höhe von rund 226.491 Schilling genehmigt.

Die Wiener Schlichtungsstellen im Juli 1932.

Nach einem Bericht der Magistratsabteilung für Statistik langten im Juli dieses Jahres bei den Schlichtungsstellen der magistratischen Bezirksämter 1.091 Anträge auf Schlichtung von Streitfällen ein. Im Berichtsmonate wurden 899 Anträge erledigt und Instandhaltungskosten im Betrage von 379.300 Schilling bewilligt.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in Währing die Wilbrandtgasse and die Hasenauergasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergaben.

emanariement ententante tura cura.

Vergiftungserscheinungen in einem Wiener Hotel. Kein Eindringen von Leuchtgas.

In heute erschienenen Früh-und Mittagszeitungen wird berichtet, dass in der Nacht von Sonntag auf Montag in einem Hotel am Alsergrund vier Personen mit Anzeichen einer schweren Vergiftung aufgefunden worden seien und als Ursache angenommen werde, dass Sickergas von der Strasse in die Hotelzimmer eingedrungen sei. Die von den städtischen Gaswerken noch in der Nacht durchgeführte Untersuchung hat einwandfrei ergeben, dass die Vergiftungserscheinungen nicht durch das Eindringen von Leuchtgase verursacht worden, sondern wahrscheinlich auf den Austritt von Kohlenrauchgasen aus dem Kamin in die Hotelzimmer zurückzuführen sind.

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.

Goldene Hochzeitsfeier im Versorgungsheim Lainz der Stadt Wien.

Im Versorgungsheim Lainz der Stadt Wien war gestern, Sonntag, ein schönes Fest. Nach vielen Monaten wurde wieder eine goldene Hochzeit in der Anstalt gefeiert. Aus diesem Grunde nahm der Bürgermeister selbst an der Feier teil; mit ihm waren die Stadträte Professor Dr. Tandler und Honay erschienen. Im festlich mit Blumen und Blattpflanzen geschmückten Speisesaal der Anstalt hatte sich eine grosse Zahl von Pfleglingen versammelt. Bürgermeister Seitz beglückwünschte das Jubelpaar Franz und Marja-Steinzer und überreichte ihm die Ehrengabe der Stadt Wien; Direktor Reg. Rat Dr. Herz überbrachte die Glückwünsche der Anstaltsleitung. Das Ehepaar Steinzer, das einer alten Sievringer Weinhauerfamilie entstammt und seit 1927 im Versorgunhsheim Lainz verpflegt wird, war auch sonst Gegenstand herzlicher Ehrungen.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

288

Wien, am 25. Oktober 1932

Ueber 200.000 Spitalspfleglinge im Vorjahre in Wien.
Zunahme der Zahl der Spitalspatienten.

Die Magistratsabteilung für Statistik veröffentlicht eine Zusammenstellung der Zahl der Spitalspatienten in den Wiener Spitälern in den Jahren 1927 bis einschliesslich 1931. Nach dieser Zusammenstellung befanden sich im Vorjahre insgesamt 205.594 Kranke in den Wiener Spitälern in Pflege, und zwar 87.716 männliche und 117.878 weibliche Pfleglinge. Es gab also im Vorjahre in den Wiener Spitälern um 30.162 weibliche Patienten mehr als männliche. Im Vergleich mit der Einwohnerzahl von Wien standen im Vorjahre insgesamt 14 Prozent der Bevölkerung in Spitalspflego. Die Zahl der Spitalspatienten in Wien steigt, wie die Statistik zeigt, ununterbrochen an. Im Jahre 1927 hatten die Wiener Spitäler 189.020 Kranke, im Jahre 1928 um 6.093 mehr, nämlich 195.113 Kranke, im Jahre 1929 mm 3.884 mehr, nämlich 198.997 Kranke, im Jahre 1930 um 3.770 mehr, näml: 1 202.767 Kranke, und im Vorjahre um 2.827 mehr, nämlich 205.594 Kranke in Pflege. Daraus ist zu ersehen, dass die Zahl der Spitalspatienten in den Wiener Spitälern im Vorjahre gegenüber 1927 um 16.574 gestiegen ist. Während im Jahre 1927 bloss 82.816 männliche und 106.204 weibliche Kranke in den Wiener Spitälern aufgenommen worden waren, waren es im Vorjahre 87.716 männliche und 117.878 weibliche Patienten. Die Zahl der männlichen Kranken ist also gegenüber 1927 um 4.900 (6 Prozent), die Zahl der weiblichen Kranken um 9.674 (11 Prozent) gestiegen. Interessant ist, dass nach einer Berechnung der Magistratsabteilung für Statistik jeder siebente Patient in einer Wiener städtischen Krankenanstalt in Pflege steht.

Goldene Hochzeiten.

In der vorigen Woche feierten die Ehepaare Emmerich und Maria Bing, Moriz und Karoline Gerstl, Ignaz und Leopoldine Huber, Peter und Thekla Jarischko, Karl und Johanna Jungwirth, Stegmund und Pauline Käufler, Abraham und Rachel Mühlstock, Franz und Pauline Nehyba, Leo und Henriette Pollak und Bartholomäus und Tekla Rokizan das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters erschien am letzten Samstag amtsführender Stadtrat Honay in der Wohnung der Jubelpaare, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

289

Wien, am 26.0ktober 1932.

Durchführung von Bauarbeiten.

Trotz Wiederholten durch die Tagesblätter veröffentlichten Warnungen, sich bei Bauten nur eines gewerbeberechtigten Fachmannes zu bedienen, werden häufig solche Arbeiten noch immer Unbefugten übergeben. Daraus entstehen dann für den Bauherrn viele Unannnehmlichkeiten und Schädigungen. Nicht nur, dass solche Bauten von der Behörde eingestellt werden und deren Fortsetzung untersagt wird, haben sich auch die Bauherren gemäss den gesetzlichen Bestimmungen einer straf baren Handlung schuldig gemacht und werden mit Geldstrafen, im Nichteinbringungsfalle mit Arrest bestraft. Ueberdies aber haben die unbefugten Bauführer in vielen Fällen von ihren Auftraggebern hohe Anzahlungen erhalten, die nach Einstellung des Baues uneinbringlich sind. Es wird daher neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass zur Durchführung von Bauarbeiten nur ein hiezu berecht igter Bauführer heranzuziehen ist. Ob jemand eine Berechtigung zur Führung von Bauten besitzt, kann in den Bezirken I bis X und XIX in der Magistrats-Abteilung 56, VIII., Friedrich Schmidtplatz 5, in den übrigen Bezirken in den betreffenden Bezirksbauamtsabteilungen erfragt werden.

Obersenatsrat Dr. Hornek.

Der Stadtsenat hat in seiner letzten Sitzung dem Senatsrat Dr. Rudolf Hornek, Vorstand des Büros der Verwaltungsgruppe VIII, in Anerkennung seiner langjährigen, äusserst erspriesslichen und verdienstvollen Dienstleistung auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung den Titel "Obersenatsrat" verliehen.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

290

Wien, am 27. Oktober 1932.

Ehrung der Dichter Hofmannsthal und Wildgans. Eine Hofmannsthalgasse und ein Wildgansplatz in Wien.

Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag des Gereinderates Beisser beschlossen, zwei Verkehrsflächen nächst der städtischen Wohnhausanlage an der Landstrasser Hauptstrasse und Grasbergergasse nach den Dichtern Hugo von Hofmannsthal und Anton Wildgans zu benennen. Nach Anton Wildgans wird der Platz an der Einmündung der Landstrasser Hauptstrasse in den Landstrasser Gürtel benannt. Vom Wildgansplatz führt eine neue Gasse zur Grasbergergasse; sie erhält den Namen "Hofmannsthalgasse". Die Erläuterungstafeln der neubenannten Strassenzüge werden lauten: "Hugo von Hofmannsthal (1874 - 1929), Wiener Dichter" und "Anton Wildgans (1881 - 1932), Österreichischer Dichter, Direktor des Wiener Burgtheaters".

Strassenbahnfahrpreis am 1. November (Allerheiligen).

Am Dienstag, den 1. November (Allerheiligen), gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Die Frühfahrscheine, Hin- und Rückfahrscheine, Wochenkarten, Arbeitslosen- und Fürsorgefahrscheine, Schüleranweisungen und Schülerfreikarten haben keine Gültigkeit.

-.-,-,-,-.-.-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung,

In der nächsten Zeit werden in <u>Favoriten</u> die restlichen Teile der Theodor Sickelgasse und der Florian Geyergasse und in <u>Simmering</u> die Strassen um den Wohnhausbau Rinnböckstrasse-Zipperergasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

Gemeindevermittlungsamt Neubau.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 2.,9.,16.,23. und 30. November im Büro des Bezirks-vorstehers statt. Die Verhandlungen beginnen jeweils um lo Uhr 30 vormittags.

Die Beschaugebühren von Vieh und Fleisch.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch beträgt für die Zeit vom 1. bis 30. November 1:19 Schilling. Für die tierürztliche Untersuchung von Tieren, die in einer Wiener Eisenbahn-oder Schiffstation ein-und ausgeladen werden, ist die gleiche Grundgebühr zu entrichten.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 28. Oktober 1932.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien über das Jahr 1931.

Der Wiener Rechnungsabschluss für 1931 spiegelt die schwie rigen Wirtschaftsverhältnisse wieder, die das Vorjahr gebracht hat. Er steht überdies unter der heftigen Einwirkung der geänderten Abgabenteilung, die bekanntlich erst nach der Verabschiedung des Voranschlages durch den Gemeinderat erfolgt ist. Nachtraglich musste daher durch einschneidende Sparmassnahmen ein Gegengewicht geschaffen werden.

An Ertragsanteilen und Einhebungsgebühren waren noch rund 144'5 Millionen Schilling in das Budget eingesetzt worden. Der wirkliche Ertrag war knapp 94 Millionen Schilling, so dass sich aus diesem einen Titel allein ein Fehlbetrag von 50'5 Millionen Schilling, das sind 10 Prozent aller Gemeindeeinnahmen überhaupt, ergibt. Die Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben zeigt folgendes Bild:

Gesamteinnahmen: Voranschlag: 501,922.000 S .-

Rechnungsabschluss: 453,027.000 S.-

Gesamtausgaben: Voranschlag: 550,256.000 S .-

Rechnungsabschluss: 491,092.000 S .-

Trotz den geschilderten ausserordentlich ungünstigen Verhältnissen ist es möglich gewesen, den ursprünglichen Gebarungsabgang von
48,334.000 S auf 38,065.000 S herabzudrücken. Die Bedeckung liegt in den
Kassenbeständen und Guthaben der Gemeinde. Die Ausgaben für wertvermehrende
bauliche Herstellungen, Inventaranschaffungen und dergleichen beliefen sich
im Berichtsjahr auf 100,177.000 S.

Zu den einzelnen Verwaltungsgruppen, in denen sich die Sparmassnahmen naturgemäss stark geltend machten, ist folgendes zu bemerken:

Personalange le genheiten:

Der gesamte Personalaufwand des Jahres 1931 betrug
188,144.000 S,wcvon 137,318.000 S auf Bezüge aktiver Angestellter,
46,629.000 S auf eigene Pensionsparteien und 4,196.000 S auf Beiträge zu
den mit dem Land Niederösterreich gemeinsamen Pensionsfonds und zum Pensionsaufwand der Donau- Regulierungskommission entfielen. Gegenüber dem Veranschlagsansatz von insgesamt 200,539.000 S ergab sich ein Mindererfordernis
von 12,394.000 S.Die Begründung liegt in dem Gemeinderatsbeschluss vom 7.
Oktober 1931, durch den die Sonderzahlungen vom 1. Juni und 1. Dezember um
25 Prozent gekürzt wurden. Gleichzeitig ist der Pensionsbeitrag der aktiven
Angestellten um 3 Prozent erhöht und ein gleich hoher Rücklass von den Ruheund Versorgungsgenüssen eingeführt worden.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

II.Blatt

\$ \$ \$ P.F.			
Wi	en.	am	

Der Stand der aktiven Angestellten am 1. Janner 1931 war unter Ausserachtlassung der verwendeten geistlichen Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten und der Rudolfinerinnen im Karolinen- Kinderspital 24.206. Am 31. Dezember war er mit den gleichen Ausnahmen 23.452. Es ist also durch die natürlichen Abgänge eine Verminderung um 754 Personen eingetreten. Ein Personalabbau ist bei der Gemeinde im Vorjahre nicht erfolgt. Hingegen hat die Zahl der Pensionsparteien eine Steigerung von 10.375 auf 10.695 erfahren.

Finanzwesen:

Die Kassenbestände, die zu Jahresbeginn noch 14,709.000 S ausmachten, sind am 31. Dezember auf 1,596.000 S zusammengeschmolzen. Die Signatur dieser Gruppe ist, wie bereits hervorgehoben, die Schmälerung der Ertragsanteile um die ungeheute Summe von mehr als 50 Millionen Schilling. Der Rückgang der eigenen Steuern zeigt sich am stärksten bei der Fürsorgeabgabe. Die Inkamerierung der Kraftwagenabgabe durch den Bund, die Aenderung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe kommen gleichfalls stark zum Ausdruck. Hervorzuheben ist auch noch der starke Rückgang bei der Biersteuer mit der doppelten unangenehmen Folge für Wien, dass eine Landesbierabgabe den anderen Ländern und Gemeinden mit einem garantierten Mindestbetrag von 6'5 Millionen Schilling abgeliefert werden muss, während das tatsächliche Ergebnis wesentlich dahinter zurückbleibt.

Die Gemeinde- und Landesabgaben zeigten im abgelaufenen Verwaltungsjahr folgende E-twicklung:

waltungsjahr folgende Entwicklung:	Voranschlag:	Laufende Gebühr:
Grundsteuer	480.000 S	489.033 S
Wohnbausteuer	35,800.000 "	36,385.364 "
Bodenwertabgabe vom verbauten Grunde	2,000,000 "	2,791.514 "
Bodenwertabgabe vom unverbauten Grunde	1,200,000 "	1,290.008 "
Fürsorgeabgabe	78,000.000 "	68,572.849 "
Lustbarkeitsabgabe	16,000.000 "	16,018.158 "
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe	3,650,000 "	8,360.552 "
Fremdenzimmerabgabe	3,800.000 "	3,380.834 "
Wertzuwachsabgabe	8,000.000 "	8,506.897 "
Plakatabgabe	900,000 "	824.067 "
Anzeigenabgabe	4,150.000 "	3,068.668 "
Hauspersonalabgabe	1,830.000 "	1,589.243 "
Kraftwagenabgabe	4,500.000 "	1,465.797 "
Pferdeabgabe	45.000 "	42.271 "
Hund eabgabe	900.000 "	850.605 "
Feuerversichertenabgabe	3,600.000 "	3,787.398 "
Feilbietungsabgabe	300,000 "	366.176 "
Konzessionsabgabe	500.000 "	510.435 "
Verwaltungsabgaben u.Beitrag zu		
den Kosten des Strafverfahrens	1,000.000 "	1,070.611 "
Wasserkraftabgabe	4,900.000 "	4,707.381 "
Bierverbrauchsabgabe (6 S vom Hektoliter)	10,311.850 "	8,130.181 "
Bierverbrauchsabgabe (3'80 S vom Hektoliter)	6,532.850 "	5,153.759 "
Zuschlag zu den Immobiliargebühren	3,448.000 "	5,168.832 "
Zuschlag zum Gebührenäquivalent	227.000 "	,,,
Zuschläge zu den Gebühren von Tota- lisateur-und Buchmacherwetten	350.000 "	326.056 "

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

III.Blatt

Wien, am

Der Magistrat gibt erstmalig eine 2	Zusammenstellung der Rückstä
de an Abgrben seit deren Einführung.Die Beträge	
Grund steuer	12.010 S
Wohnbausteuer	462.962 "
	456.167 "
	980.756 "
	203.557 "
	332.279."
	455.817 "
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	321.570 "
	137.756 "
	911.372 "
	97.586 "
Pferdeabgabe	294.983 "
	4.111 "
	36.298 "
	.79.509 "
Feilbietungsabgabe	2,801 "
	60.334 "
Verwaltungsabgaben	10.714 "
Wasserkraftabgabe	631 "
Bierverbrauchabgabe,	24.851 "
Der auffallend hohe Rückstand bei d	der Wertzuwachsabgabe erklär

Der auffallend hohe Rückstand bei der Wertzuwachsabgabe erklär sich dadurch, dass rund 6'5 Millionen Schilling aus Zwangsversteigerungen herrühren, bei demen der Ersteher nicht zahlungspflichtig ist und die Hereir bringung beim letzten Eigentümer naturgemäss auf besonders grosse Schwierigkeiten stösst.

Von den städtischen Unternehmungen hat lediglich das Brauhaus 703.000 S und die Ankündigungsunternehmung "Gewista" 114.000 S an die Gemeindekasse abgeliefert.

Die von der Gesiba treuhändig verwalteten Baustoffbetriebe haben im Berichtsjahr günstig gearbeitet und lieferten einen Ueberschuss von 141.000 S.

Für Subventionen, Ehrenpensionen und Ehrenpreise sind insgesamt 1,051.000 S verausgabt worden. Die Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehres machten 1,429.000 S aus.

Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung:

Der Ausweis 3 gibt eine ganz genaue Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben dieser Gruppe. Nicht weniger als 115,348.000 S waren das Erfordernis. Die Minderausgabe von rund 2,000.000 S liegt nicht in einer Einschränkung der Fürsorgetätigkeit, sondern findet ihre Begründung in den allgemeinen und bei der Gruppe I dargestellten Kürzungen der Personalbezüge und der Zurückstellung von geplanten Investitionen. Die offene Armenpflege hat im Zusammenhang mit der wachsenden Not Mehrausgaben notwendig gemacht. Statt der veranschlagten 13 Millionen Schilling für Erhaltungsbeiträge mussten 14,539.000 S verausgabt werden. Die Pflegegelder für Kinder weisen eine sprunghafte Steigerung von 4,506.000 S auf 6,449.000 S auf.

Der Beitrag des Landes Wien zu den Notstandsaushilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge waren nach den Angaben des Ministeriums für soziale Verwaltung mit 13 Millionen Schilling veranschlagt worden, hat aber tatsächlich 15,368.000 S erfordert.

Der in Aussicht genommene Neubau von Kindergärten musste unterbleiben und es sind dadurch rund 600.000 S in Wegfall gekommen. In das abge-542

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am...

laufene Jahr fällt die Errichtung einer Sonderabteilung für Strahlentherap in Lainz um 2,314.844 S.Trotz allen Schwinerigkeiten ist es möglich gewesen, die Wohlfahrtspflege auf dem so wichtigen Gebiete der Bekämpfung der Krebskrankheit weiter auszugestalten und durch dem Ankauf von fünf Gramm Radium samt Schäffung der dazugehörigen Abteilung einen ausserordentlichen Fortschritt zu erzielen.

Wohnungswesen:

Für Wohnungs- und Siedlungsbauten aus eigenen Mitteln der Gemeinde waren 90,000.000 S und für Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 5,713.000 S, zusammen also 95,713.000 S vorgesehen. Tatsächlich verausgabt wurden aber infolge der Sparnotwendigkeit nur 80,782.000 S.Davon entfallen auf die Eigenbauten der Gemeinde 63,473.000 S, auf die Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 17,308.000 S, da der Gemeinde im Zusammenhang mit der Abgabenteilung weitere 2.000 Wohnungen auf Grund der Bundesaktion zugebilligt worden sind. Im Jahre 1931 sind 6.324 Wohnungen und 204 Geschäftskokale zugewachsen. In sämtlichen im Eigentume, beziehungsweise in der Verwaltung der Gemeinde Wien und deren Unternehmungen und Anstalten stehenden Gebäuden befinden sich mit 31. Dezember 1931 insgesamt 63.696 Wohnungen und 3.678 Geschäfte.

Technische Angelegenheiten:

In dieser Gruppe mussten Ausgaben in der Höhe von 26'l Millioner Schilling zurückgestellt werden. Es ergaben sich ferner Mindereinnahmen von rund 6 Millionen Schilling. Kürzungen erfuhren insbesondere der Lastkraft-wagenbetrieb, die Bäder, der Strassen- und Brückenbau, ferner wurden Investitionen bei den Betrieben Wasserversorgung und Kanalisationswesen zurückgestellt. Die Besucherzahl in allen städtischen Bädern war 10,726.373 gegenüber 10,961.396 im Jahre 1930.

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten:

Auch hier blieben die Ausgaben um rund 10,000.000 S hinter dem Voranschlag zurück, während die Einnahmen um ein Geringes den Voranschlagsansatz überschritten. Die Drosselung der Ausgaben für Gebäudeund Inventarerhaltung brachte namhafte Ersparungen. Auch die weitere Ausgestaltung der Grossmarkthalle musste auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Der für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften vorgesehene Kredit von 5 Millionen Schilling wurde nur mit 3,464.000 S in Anspruch genommen. Der gesetzliche Beitrag Wiens zum Aufwand des Fortbildungsschulrates verringerte sich durch dort vollzogene Sparmassnahmen von 2,933.000 S auf 2,194.000 S. Der projektierte Schulbau im XIII. Bezirk ist unterblieben.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten:

Die Nettoausgabe dieser Verwaltungsgruppe konnte durch Sparmassnahmen um rund 4,150.000 S gegenüber der im Voranschlag vorgesehenen Höhe herabgedrückt werden. Mehr als die Hälfte der gesamten Minderausgaben entfällt auf die Gemeindewache, die tief unter dem präliminierten Stand gehalten wurde. Die Volkszählung wurde nicht durchgeführt und daher der ganze vorgesehene Betrag von 100.000 S erspart.

Die städtischen Unternehmungen:

Die städtischen Unternehmungen bringen gleichzeitig ihre Verwaltungsberichte zur Versendung.

Gaswerke:

Im Berichtsjahre wurden 306,995.245 Kubikmeter Gas gegen . 297,085.828 Kubikmeter im Vorjahre, also um 3'34 Prozent mehr verkauft. Einschliesslich des Verbrauches der öffentlichen Beleuchtung und des Eigenbedarfes innerhalb und ausserhalb der Werke betrug die nutzbar verwendete 543

V. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Gasmenge 318,562.550 Kubikmeter gegen 309,748.282 Kubikmeter im Vorjahre. Die Zahl der Gasabnehmer hat sich um 14.593 auf 497.137 am Jahresende erhöht.

Die gegenüber dem Vorjahre kühlere Witterung in den Frühjahrsund Herbstmonaten verursachte einen Mehrabsatz an Gas für Raumheizung. In dem Rückgang des Verbrauches in den Monaten Mai und Dezember und in der geringen Absatzsteigerung in den übrigen Monaten drückt sich die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse aus. Im allgemeinen hat aber der Gasabaatz in der Wirtschaftskrise eine bemerkenswerte Festigkeit gezeigt, die sich durch die weitgehende Unentbehrlichkeit des Gases im Wirtschaftsleben Wiens erklärt.

Der Koksabsatz war befriedigend; infolge aussergewöhnlich günst! ger Umstände konnte nicht nur der im Berichtsjahre angefallene Koks, sondern auch ein grosser Teil des vorhanden gewesenen beträchtlichen Lagers verkauft werden. Die für Teer, Benzolkohlenwasserstoffe und Ammoniak erzielbaren Preise gingen weiter zurück. Das Unternehmen schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von 265.510'67 S ab. Bloss durch Anwendung des Investitionen-Begünstigungsgesetzes, das vorzeitige Abschreibungen von den Anlagewerten ernöglicht, ergibt sich bilanzmässig ein Gebarungsabgang von 3,295.689104 S.

Den Verhältnissen, die sich für das Unternehmen aus der Beschaffung seines ausländischen Rohstoffes ergaben, musste durch eine entsprechen Rücklage für Kursdifferenzen Rechnumg getragen werden. Für wertvermehrende neue Anlagen und Beschaffungen wurden im Berichtsjahre 7,122.399142 S aufgewendet.

Elektrizitätswerke:

Der im Vorjahre eingetretene Rückgang des Stromabsatzes hat sich infolge weiterer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Berichtsjahre in stärkerem Masse fortgesetzt.

Die selbst erzeugte und die bezogene Strommenge von insgesamt 561,559.966 Kilowattstunden des Vorjahres ist auf 540,582.171 Kilowattstunde also um 317 Prozent, die verkaufte Strommenge von 402,326.952 Kilowattstunden auf 387,657.078 Kilowattstunden, also um 3'4 Prozent gasunken.

Die Zahl der angeschlossenen Zähler ist, weit überwiegend durch Zuwachs von Kleinabnehmern, von 625.366 auf 644.641 am Jahresende gestiegen.

Der Strombedarf wurde zu 58'4 Prozent (im Verjahre 30'6 Prozent) durch Wasserkraftstrom, zu 31'3 Prozent (im Vorjahre 42'7 Prozent) aus Inlandskohle und zu lo!3 Prozent (im Vorjahre 26'7 Prozent) aus Auslandskohle, demnach zu 8917 Prozent (im Vorjahre 7313 Prozent) durch inländische

Kraftquellen gedeckt.
-Elektrizitätswerke einschliesslich Ueberlandzentrale EbenfurthDas Gesamtunternehmen/schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von 494.276'15 S/Nur infolge Anwendung des vorzeitige Abschreibungen von den Anlagewerten gestattenden Investitionenbegünstigungs-Gesetzes ergibt sich bilanzmässig für die Elektrizitätswerke ein Gebarungsabgang von 9,677.562'14 S, für die Ueberlandzentrale ein solcher von 4,649.393'22 S.

Städtische Strassenbahnen:

Die wirtschaftlichen Ergebnisse des Geschäftsjahres 1931 sindebenso wie die der Vorjahre - infolge des Andauerns der schweren Wirtschaftskrise ungünstig. Der Abfall in der Personenbeförderung gegenüber dem Vorjahre beträgt 4'6 Prozent (im Vorjahre 4'1 Prozent), die Wagenkilometerleistung ist um 4'3 Prozent gesunken (im Vorjahre um 3'7 Prozent). Der Fahrgästeausfall ist grösser, als erwartet wurde, was darin zum Ausdrucke kommt, dass im Voranschlag für das Geschäftajahr 1931 mit einer Einnahme aus der Personenbeförderung bei Strassenbahn und Stadtbahn von 133'2 Millionen

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI.Blatt

Wien, am

Schilling gerechnet wurde, während tatsächlich nur 130'5 Millionen Schilling eingenommen wurden. (im Vorjahre 137'8 Millionen Schilling).

Die Verhältnisse nötigten zu neuerlichen Sparmassnahmen, die einerseits in einer weiteren Drosselung des Sachaufwandes, anderseits in einer Herabminderung des Personalaufwandes im Wege der Aufrechterhaltung der Aufnahmssperre und in einer Minderung der Personalbezüge ihren Ausdruck finden. Ber Gesamtstand aller beim Unternehmen (Strassenbahn, Stadtbahn und Autobus) beschäftigten Personen betrug am Ende des Berichtsjahres 15.460 Personen und hat gegen Jahresbeginn eine Verringerung um 756 erefahren.

Das Berichtsjahr schliesst mit einem Gebarungsabgang von 4,799.520'38 S, der durch Inanspruchnahme des Investitionenbegünstigungs-gesetzes sich bilanzmässig auf 7,939.385'79 S erhöht. Die vorgenommenen Abschreibungen von den Anlagewerten betragen 20,042.440'11 S.

Städtische Leichenbestattung:

Gegenüber dem Jahre 1930 hat sich die Sterblichkeit in Wien um 5'4 Prozent erhöht. Im Zusammenhang damit hat sich die Zahl der eigenen Leichenbegängnisse der Unternehmung erhöht und sind die Einnahmen um 6'8 Prozent gestiegen. Die Gebarung der Unternehmung schliesst mit einem Ueberschuss von rund 100.000 S.

Brauhaus der Stadt Wien:

Der Bierabsatz des Brauhauses der Stadt Wien ist im Geschäftsjahr 1931 gegen das Vorjahr um rund 20 Prozent geringer. Dieser Ausfall
entspricht dem in der gesamten Brauindustrie eingebretenen Absatzrückgang und ist hauptsächlich auf die allgemeine ungünstige Wirtschaftslage
und auf die billigen Weinpreise zurückzuführen.

Die Gersten- und Malzpreise haben im Berichtsjahre eine wesentliche Steigerung erfahren; trotzdem hat das Brauhaus der Stadt Wien seine Bierverkaufspreise nicht erhöht.

Gegenüber dem Vorjahre, in dem 362.539 Hektoliter verkauft wurden, hat das Berichtsjahr bloss 288.689 Hektoliter Verkauf aufzuweisen. Im Berichtsjahr wurde die Mälzerei so ausgestaltet und modernisiert, dass das Brauhaus der Stadt Wien hinsichtlich des Bezuges von Malz vom Ausland vollkommen unabhängig geworden ist.

Der Gebarungsüberschuss von 703.000 S wird an die eigenen Gelder der Gemeinde abgeführt.

Gewista:

Der Umsatz erfuhr gegenüber dem Jahre 1930 eine Verminderung von rund 3'5 Prozent. Die Gebarung schloss mit einem an die eigenen Gelder der Gemeinde abzuführenden Ueberschuss von 114.000 S.

Die Berichte des städtischen Kontrollamtes und des Rechnungshofes liegen noch nicht vor und kommen nachträglich zur Versendung.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

292

Wien, am 29. Oktober 1332.

3'18 Millionen Badegäste in den städtischen Sommer-und Kinderfreibäde Fast zwei Millionen Badegäste in den Wiener städtischen Sommerbäder Rund 1'2 Millionen Kinder in den städtischen Kinderfreibädern

Die städtische Bäderverwaltung berichtet, dass die Wiener städtischen Sommerbäder heuer einen Gesamtbesuch von 1,893.804 Personen hatten: An der Spitze steht mit 420.620 Badegästen das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Kingressplatz; dann folgen das Gänsehäufel mit 268.904 Besuchern, das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Ottakring mit 214.926, das Strombad Alte Donau mit 210.907, das Angelibad mit 156.038, das Strandbad Kuchelau mit 145.151 und das Strombad Aspernor cke mit 120.344 Badegästen.

Da im Sommer 1931 die Wiener städtischen Sommerbäder von 1,777.654 Personen besucht worden waren, ergibt sich somit für das heurige Jahr ein Mehrbesuch von 114.150 Badegästen.

Auch die städtischen Kinderfreibäder hatten im heurigen Sommer einen starken Besuch. Vährend im Vorjahre in den Wiener städtische Kinderfreibädern 1,182.347 Kinder gebadet hatten, waren es heuer um 105.953 Kinder mehr, nämlich 1,288.300.

Die städtischen Sommerbäder und Kinderfreibäder hatten als heuer einen Gesamtbesuch von 3,182.104 Badegästen.Da sie im Vorjahre tor insgesamt 2,962.001 Personen besucht worden waren, hatten die städtischen Sommerbäder zusammen mit den Kinderfreibädern heuer einen Mehrbesuch von 220.103 Badegästen.

-,-,-,-,-,-,-,-,-,-

Autobus-Allerhe iligenverkehr.

Morgen, Sonntag, und am kommenden Dienstag (Allerheiligen) wird von 8 Uhr bis 19 Uhr ab Oper (Augustinerstrasse) über die Mahlerstr Schwarzenbergplatz-Rennweg und Simmeringer Hauptstræsse ein Autobusverkehr zum Zentralfriedhof, III. Tor, geführt. Der Fahrpreis für eine Fahrt zum Zentralfriedhof, III. Tor, (oder zurück) beträgt ab Oper (Augustinerstrasse) 90 Groschen, ab Schwarzenbergplatz 80 Groschen, ab Ungargasse-Fasangasse 70 Groschen und ab St. Marx 60 Groschen.

Warnung vor Agenten für Darlehensvermittlung.

-.-.-.-.-.-

Nach einer Mitteilung des Bundeskanzleramtes treiben sich in der Gegend von Grein in Oberösterreich seit einiger Zeit Agenten herur die im Auftrage einer "Pan Europa-Hypothekenbank A.G." in Vaduz, Liechtenstein, Darlehenswerbern billige Darlehen versprechen und die Interessenter veranlassen, 10 vom Hundert der Darlehenssumme sofort in Aktien der erst in Gründung befindlichen Aktiengesellschaft zu zeichnen. Mit den Interess ten wird dann sofort ein Vertrag abgeschlossen. Die erwähnte Aktiengesellschaft ist zum gewerbsmässigen Geschäftsbetrieb in Oesterreich nicht zuge lassen. Interessenten werden daher vor diesen Agenten gewarnt, zumal sie durch Zeichnung der vielleicht wertlosen Aktien Schaden erleiden könnten.

Herausgeber und verantw. Redakteur: FRANZ XAVER FRIEDRICH

293

Wien, am 31 Oktober 1932

Die Haftung der Betriebsnachfolger für Abgabenrückstände.

Der Magistrat teilt mit, dass nach den Bestimmungen des § 3, Absatz 2, des Nahrungs-oder Genussmittelabgabegesetzes und des § 6, Absatz 2, des Lustbarkeitsabgabegesetzes jeder Nachfolger im Betriebe für die Abgabenrückstände seines Vorgängers haftet. Zu der Frage, wer als Nachfolger im Betriebe anzusehen sei, hat der Verwaltungsgerichtshof in seinem Erkenntnis vom 6. Dezember 1929, Zahl A 414/29/5, eine wichtige Entscheidung gefällt. In der Begründung dieser Entscheidung führt der Verwaltungs gerichtshof aus, dass als Nachfolger im Betriebe derjenige anzusehen sei der die die Abgabepflicht begründende Tätigkeit des Betriebsinhabers fo setze. Hiebei sei es ohne Belang, ob dieser Nachfolger Konzessionsinhaber vertragsmässiger Pächter oder Zwangspächter sei. Die Praxis hat nun geze dass Betriebsübernehmer, insbesondere Zwangspächter, über die Nachfolgerhaftung im Unklaren waren und sich erst nach Uebernahme des Betriebes b der zuständigen Amtsstelle über das Bestehen allfälliger Rückstände erkundigten. Da sich hieraus wiederholt Anstände und wirtschaftliche Nacht le für die Partei ergaben, empfiehlt der Magistrat, bei der zuständigen Amtsstelle, das ist bei der Magistratsabteilung 5, vor Betriebsübernahme über allfällige Abgabenrückstände Erkundigungen einzuholen.

Die Sprechstunden in Wohnungsamt am 2. November.

Am 2. November (Allerseelentag) findet im städtischen Wohnungsamt der Parteienverkehr nicht wie gewöhnlich von 12 Uhr bis 14 Uhr, sondern von 9 Uhr bis 11 Uhr statt.

Uebersiedlung der städtischen Kleingartenstelle.

Die Magistratsabteilung 17/III (städtische Kleingartenstelle) befindet sich von nun an in der Werdertorgasse 6, II. Stock. Sprechstunder Dienstag und Samstag von 8 Uhr bis 13 Uhr. Fernsprecher U 23-0-34.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit wird die Simmeringerhauptstrasse in der Strecke zwischen dem dritten Tor des Zentralfriedhefes und der Gemeindegrenze mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereitsvergeben.